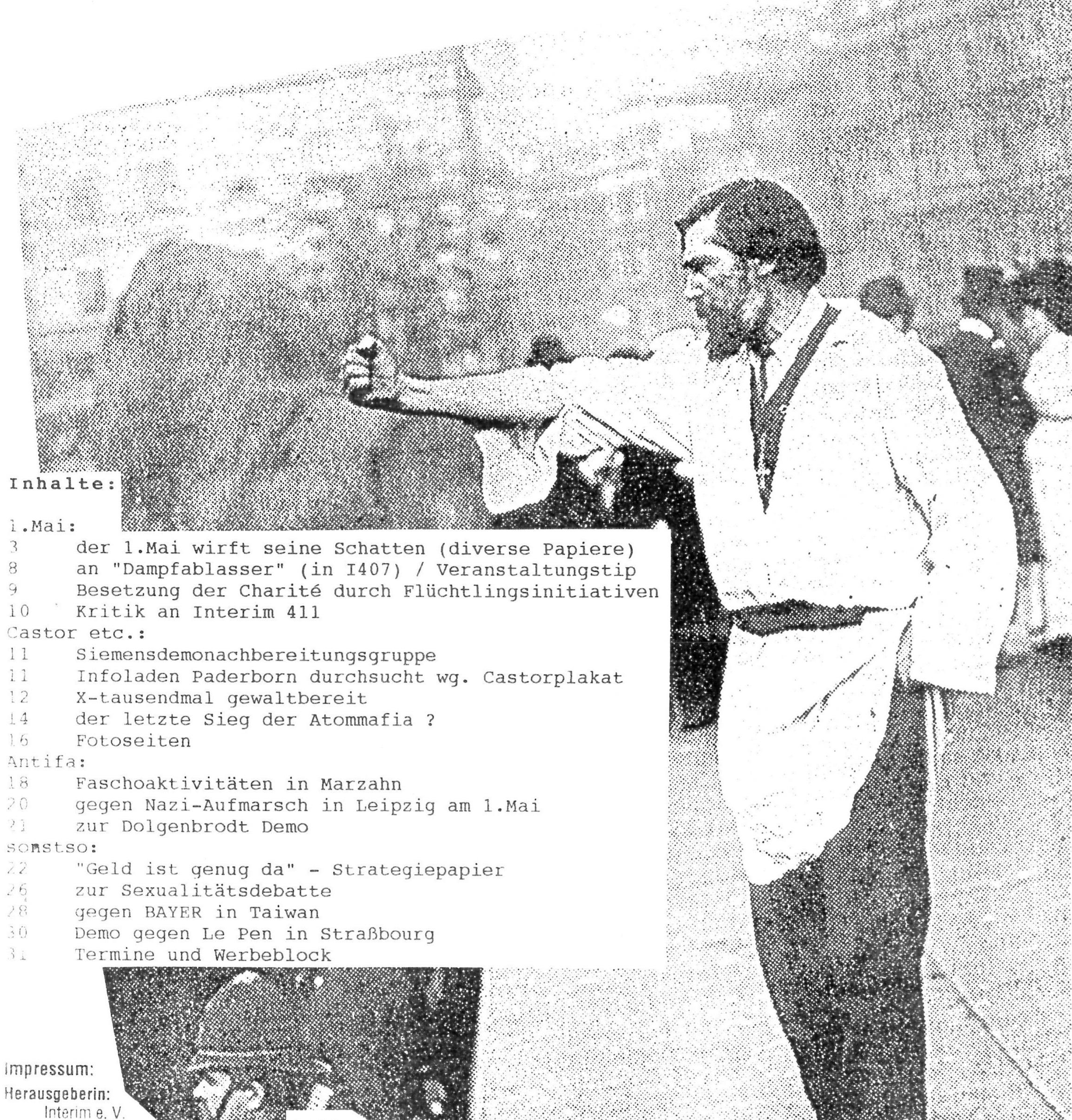

Nr. 413
20. März 1997
INTERIM
auswärts 3 DM
ATOMSTAAT
Heute:
der 1. Mai wirft seine Schatten
Nachbereitung der Castoraktionen
Antifa
ein Strategiepapier und nochmal Sexualitätsdebatte
und vieles mehr

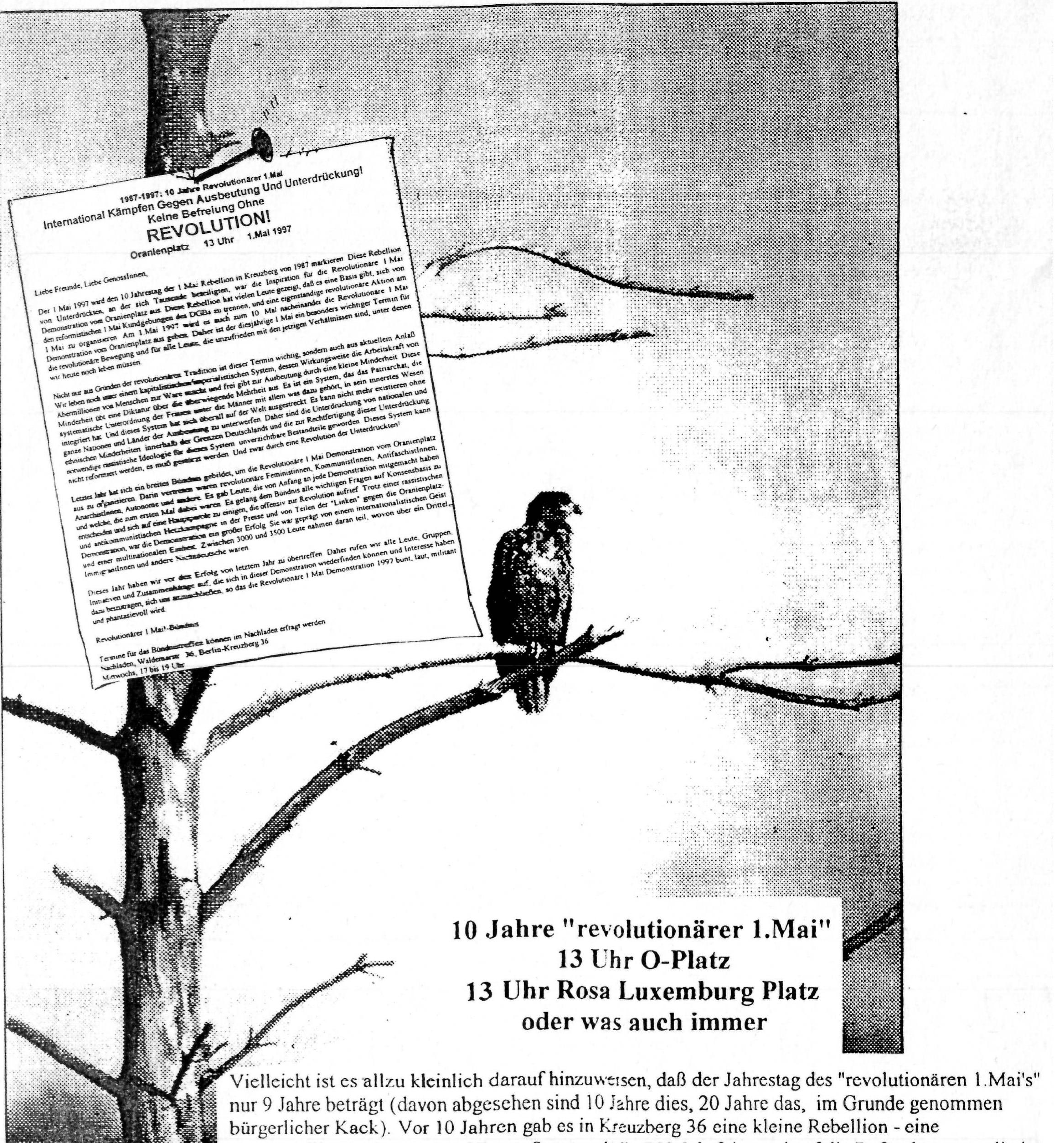


Inhalte:

Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

hallo

diesmal quoll der Briefkasten über, darum ist einiges verschoben. Zur Auseinandersetzung um den Laden in der A 6 haben wir nur ein Papier der StellvertreterInnen aus Frankfurt bekommen, wir hätten aber gerne auch was von der betroffenen Ladengruppe selber gelesen. Deswegen gibt´s pro und contra (die Hausgruppe hat auch geschrieben) später. Zu Mumia Abu Jamal war letztes mal schon was drin, der Text, den wir bekommen haben, brachte keine grundsätzlich neuen Infos, also haben wir "nur" den Termin für die Kundgebung aufgenommen. Ähnlich ist es dem Papier zur Dolgenbrodt-Demo gegangen. Wir haben es gekürzt, die Demo-Beschreibung ist im Heft, der Rest im Ordner.
Weil das erste Exemplar des Textes zur Sexualitätsdebatte von einigen "Interim-Männern" verschwunden war, gibt´s die nachgereichte Antwort auf Kritik einer "Brechgereizten" erst jetzt zum lesen.
Zum Schluß: denkt dran, am Donnerstag vor Ostern erscheint unser Blättle nicht, sondern erst die Woche drauf wieder!



1987-1997: 10 Jahre Revolutionärer 1.Mai
International Kämpfen Gegen Ausbeutung Und Unterdrückung!
Keine Befreiung Ohne
REVOLUTION!
Oranienplatz 13 Uhr 1.Mai 1997

Liebe Freunde, Liebe GenossInnen,

Der 1 Mai 1997 wird den 10 Jahrestag der 1 Mai Rebellion in Kreuzberg von 1987 markieren Diese Rebellion von Unterdrückten, an der sich Tausende beteiligten, war die Inspiration für die Revolutionäre 1 Mai Demonstration vom Oranienplatz aus. Diese Rebellion hat vielen Leute gezeigt, daß es eine Basis gibt, sich von den reformistischen 1 Mai Kundgebungen des DGBs zu trennen, und eine eigenstandige revolutionare Aktion am 1 Mai zu organisieren Am 1.Mai 1997 wird es auch zum 10 Mal nacheinander die Revolutionäre 1 Mai Demonstration vom Oranienplatz aus geben. Daher ist der diesjährige 1.Mai ein besonders wichtiger Termin für die revolutionäre Bewegung und für alle Leute, die unzufrieden mit den jetzigen Verhältnissen sind, unter denen wir heute noch leben müssen.

Nicht nur aus Gründen der revolutionären Tradition ist dieser Termin wichtig, sondern auch aus aktuellem Anlaß Wir leben noch unter einem kapitalistischen/imperialistischen System, dessen Wirkungsweise die Arbeitskraft von Abermillionen von Menschen zur Ware macht und frei gibt zur Ausbeutung durch eine kleine Minderheit Diese Minderheit übt eine Diktatur über die überwiegende Mehrheit aus Es ist ein System, das das Patriarchat, die systematische Unterordnung der Frauen unter die Männer mit allem was dazu gehört, in sein innerstes Wesen integriert hat Und dieses System hat sich überall auf der Welt ausgestreckt Es kann nicht mehr existieren ohne ganze Nationen und Länder der Ausbeutung zu unterwerfen. Daher sind die Unterdrückung von nationalen und ethnischen Minderheiten innerhalb der Grenzen Deutschlands und die zur Rechtfertigung dieser Unterdrückung notwendige rassistische Ideologie für dieses System unverzichtbare Bestandteile geworden Dieses System kann nicht reformiert werden, es muß gestürzt werden Und zwar durch eine Revolution der Unterdrückten!

Letztes Jahr hat sich ein breites Bündnis gebildet, um die Revolutionäre 1 Mai Demonstration vom Oranienplatz aus zu organisieren. Darin vertreten waren revolutionäre Feministinnen, KommunistInnen, AntifaschistInnen, AnarchistInnen, Autonome und andere. Es gab Leute, die von Anfang an jede Demonstration mitgemacht haben und welche, die zum ersten Mal dabei waren Es gelang dem Bündnis alle wichtigen Fragen auf Konsensbasis zu entscheiden und sich auf eine Hauptparole zu einigen, die offensiv zur Revolution aufrief Trotz einer rassistischen und antikommunistischen Hetzkampagne in der Presse und von Teilen der "Linken" gegen die Oranienplatz-Demonstration, war die Demonstration ein großer Erfolg Sie war geprägt von einem internationalistischen Geist und einer multinationalen Einheit. Zwischen 3000 und 3500 Leute nahmen daran teil, wovon über ein Drittel ImmigrantInnen und andere Nichtdeutsche waren

Dieses Jahr haben wir vor den Erfolg von letztem Jahr zu übertreffen Daher rufen wir alle Leute, Gruppen, Initiativen und Zusammenhänge auf, die sich in dieser Demonstration wiederfinden können und Interesse haben dazu beizutragen, sich uns anzuschließen, so das die Revolutionäre 1 Mai Demonstration 1997 bunt, laut, militant und phantasievoll wird

Revolutionärer 1 Mai-Bündnis

Termine für das Bündnistreffen können im Nachladen erfragt werden
Nachladen, Waldemarstr 36, Berlin-Kreuzberg 36
Mittwochs, 17 bis 19 Uhr

10 Jahre "revolutionärer 1.Mai"
13 Uhr O-Platz
13 Uhr Rosa Luxemburg Platz
oder was auch immer

Vielleicht ist es allzu kleinlich darauf hinzuweisen, daß der Jahrestag des "revolutionären 1.Mai's" nur 9 Jahre beträgt (davon abgesehen sind 10 Jahre dies, 20 Jahre das, im Grunde genommen bürgerlicher Kack). Vor 10 Jahren gab es in Kreuzberg 36 eine kleine Rebellion - eine massenmilitante Antwort auf Frust, Senatspolitik, 750 Jahrfeier und auf die Befürchtungen, die jetzt so nach und nach eintreten. Die stundenlange Pattsituation, d.h. das Nichteinnehmen-können eines kleinen Kiezes durch Bullen und die breite Akzeptanz von Plünderungen hatte das Selbstbewußtsein etlicher KiezbewohnerInnen gestärkt. Es war ein gutes, wenn auch nur kurzes Gefühl der Befreiung von staatlichen Fesseln Wenig Emanzipatives war jedoch zu spüren: Männerdominanz, Machogehabe war die ganze Nacht vorherrschend. Es gab sogar eine Vergewaltigung.
Und irgendwann erhielt die materielle Aneignung ihren Selbstlauf: kleine Läden wurden ebenso zerstört und geplündert wie Bolle. Dieser Umstand spaltete im Nachhinein die Szene: u.a. in sog. "Reformautonome", die ein Selbstverständnis propagierte, das differenzieren kann und "autonome KommunistInnen" und "RiotanhängerInnen", die konterten, daß das nun mal bei Befreiungen so ablaufen würde und alles andere konterrevolutionäre Kontrolle sei.
Von seiten der "Reformautonomen" wurde im Herbst '87 die Idee geboren, am nächsten 1.Mai der Revolte einen politischen, stadtteilbezogenen Ausdruck in Form eines "revolutionären 1.Mai's" zu geben Am 1.Mai 88 liefen dann auch 10 000 Menschen durch Kreuzberg und Neukölln. Heute 10 Jahre "Rebellion" zu feiern, bedeutet, die veränderten Verhältnisse v.a. auch in 36 nicht wahrzunehmen!

Nochmals zurück zur Demovorbereitung: sie bestand aus einem Bündnis aller sich als revolutionär Verstehenden. RIM/RK/TKP/ML waren nicht dabei. Die damalige Plattform strotzte nur so von Klassenkrieg und Klassenkampf. Das Ziel damals war:
"In der Diskussion um den 1.Mai geht es uns um einen Prozeß, der den Widerstand in dieser Stadt zusammenführt, aber nicht über eine formale "Einheit in der Vielheit", sondern über eine Einheit, die sich über ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Strategie, d.h. über die Entwicklung von Angriffslinien für den Widerstand herstellt. Die inhaltliche Diskussion, die gemeinsame Bestimmung und die praktische Durchsetzung der Demo können darin ein Schritt sein"
Jahre später wurde die "revolutionäre 1.Mai"-Demo pragmatischer gehandhabt. Es gab verschiedene und oftmals wirklich bessere Aufrufe. Nach den immer ätzender werdenen Auseinandersetzungen auf dem O-Platz mit den stalinistischen Gruppierungen der RIM, die sehr handgreiflich ausfielen, gab es letztes Jahr zum ersten Mal 2 Demos. Doch zu unserem Erstaunen wurde uns als Begründung von der AAB nicht die inhaltliche Differenz, sondern lediglich das räumliche Entzerren zweier Fraktionen als Begründung für die Prenzelberger Demo genannt. Nun waren auf diesem Vorbereitungstreffen letztes Jahr noch andere Gruppen wie z.B. das sozialrevolutionäre Plenum , von daher kennen wir nicht alle Beweggründe. Körperliche Auseinandersetzungen hätten unter Linken nichts zu suchen, sagt die AAB. Dem Prinzip stimmen wir voll zu und fanden die andere "revolutionäre 1.Mai"-Demo einen genialen Schachzug. Die Traditionalisten, die sich um die dogmatischen und stalinistischen Organisationen am O-Platz gruppierten, waren ein kleiner Haufen gemessen an der Masse, die den eher anti-autoritären und anti-patriarchalen Aufrufen zum Rosa Luxemburg Platz folgten. Das Dilemma dieses Jahr ist, daß die HauptbefürworterInnen der Rosa Luxemburg Platz Demo aus der AAB besteht, deren Inhalt für diesen Ort lediglich in der Entzerrung bestand und nicht in der inhaltlichen Kritik der dogmatischen, an falschen Weltbildern (Karl und Rosa würden in ihren Gräbern ständig rotieren, würden sie das mitkriegen) fetshaltenden Gruppierungen. Das heißt, sie wollen ein gemeinsames Motto, Plakat und eine Pressekonferenz - sich aufeinander positiv beziehen. Auch der bisher geltende Konsens, nicht mit parlamentarischen Parteien die Demo vorzubereiten, wurde fallengelassen - die PDS sitzt mit in der 1.Reihe.

Es ist längst fällig, die Linksliberalität fallenzulassen. Eine Einheit, nur weil wir Linksradikale so schwach sind, hochzuhalten, um mit Kräften Allianzen einzugehen, die z.B. das Eliminieren anderer Linksradikaler befürworten, bedeutet schlichtweg Entpolitisierung. (Zwei Beispiele für diese Behauptung: sendero luminoso, Hochgejubelte der RIM/RK/TKP/ML-Fraktion, ermorderte viele MRTA-Mitglieder in Peru, ebenso die PKK, die mit innerparteilichen KritikerInnen auch nicht zimperlich umgehen und vor Mord nicht zurückschrecken).
Wir können nur hoffen, daß sich mehr autonome, antiautoritäre und sozialrevolutionäre Gruppierungen endlich eindeutiger dazu verhalten. Wir hatten es kurzzeitig versucht und waren auf 2 Vorbereitungstreffen präsent - allerdings in der Minderheit. Einen Machtkampf zu führen, finden wir ausgesprochen widerwärtig. Die AAB hat sich durch ihr Nichtverhalten für die Seite der dogmatischen und stalinistischen Gruppen entschieden. Bei Umfragen unter FreundInnen und GenossInnen kam heraus, daß sich fast niemand dem Nerv stellen will- verständlicherweise.
Und nun?
Diese internen politischen Auseinandersetzungen wird zum einen kaum jemand mitkriegen, zum anderen interessiert es viele auch nicht. Es werden wieder viele zum Rosa Luxembrg Platz kommen- einfach so, zumindest weil es dort besser ist als in einem Meer roter Fahnen zu baden. Es bleibt ein schaler Nachgeschmack. Wir können nur hoffen, daß diejenigen, die sich dem Ritual unter der derzeit vorgegebenen Prämisse verweigern, dieses Mal der faschistischen Mobilisierung mehr Aufmerksamkeit widmen und dementsprechend handeln. Diese Art den 1.Mai anzugehen hat zwar nichts Befreiendes, ist jedoch leider eine Notwendigkeit, der wir uns stellen müssen.

AOK





László Mészáros, Der Revolutionär, 193

ine notwendige Ergänzung zur Kritik der 1. Mai-Vorbereitung

Zum hundersten Mal!

ie AAB schreibt in ihrem diesjährigen Aufruf „Heraus zum revolutionären 1. Mai in Berlin!" über den bisherigen tand der Vorbereitung: „Wichtig und anstrebenswert erschien den meisten der dort Anwesenden jedoch, an diesem nken Kampftag nicht die Unterschiede der beiden Demos herauszustellen, sondern sich stattdessen positiv ufeinander zu beziehen. Vorschläge hierfür waren: Koordinierung mit der jeweils anderen Demo, gemeinsames Motto, keine Schlammschlachten wie teilweise im letzten Jahr."

Hier wird einiges verschwiegen, hier wird einiges gelogen. An den ersten beiden Vorbereitungstreffen im Februar ahmen einige autonome bzw. linksradikale, undogmatische Gruppen teil, die genau diese Vorschläge der AAB ehement kritisierten. Jedwede Koordinierung mit der RIM/RK-Fraktion wurde abgelehnt. Ebenso wurde ein emeinsames Motto und eine gemeinsame Abschlußkundgebung von dem undogmatischen Spektrum entschieden urückgewiesen. Nachdem daraufhin zum wiederholten Mal verschiedene stalinistische Splittergruppen uns der paltung (!) bezichtigten, zogen sich fast alle autonomen und undogmatischen Gruppen aus dem Vorbereitungskreis urück. Sie hatten und haben einfach keinen Bock auf die Neuauflage der nervigen Debatte aus dem letzten Jahr. Offenbar ist der AAB auch dieses Jahr wichtiger, mit den StalinistInnen zusammenzuarbeiten als mit den vielen inksradikalen Gruppen in dieser Stadt. Schon letztes Jahr wurde dieses Vorgehen der AAB als liberalistische Haltung kritisiert, weil in ihrem pluralen Konzept alle sogenannten 'revolutionären' Gruppen Platz haben sollen. Dabei scheut die AAB naturgemäß jede inhaltliche Auseinandersetzung, was denn nun das Revolutionäre ist an der Politik von der RIM/RK, von der RAI, Symphatisantengruppen der PKK oder von den verschiedensten eninistischen/stalinistischen Flügelgruppchen der PDS.

Es muß wohl nochmal gesagt werden. Meiner Meinung nach ist an stalinistischen oder sich positiv auf Stalin beziehenden Gruppen nichts aber auch gar nichts Revolutionäres dran. Im Gegenteil, es gibt keine politische Strömung in der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, die mehr zur Unterdrückung der emanzipatorischen Bewegungen beigetragen hat wie die unter dem Einfluß der Ideologie Stalins stehenden kommunistischen Parteien. Also zum hundersten Mal sei daran erinnert, welche politischen Fehler und Verbrechen Stalin in Spanien 1936-38 begehen ließ, wie er in der Zeit der Kollaboration mit den Nazis mehr als 1000 Kommunisten an die Gestapo auslieferte, wie er Millionen von sowjetischen ArbeiterInnen und BauerInnen in den 30er Jahren mittels Arbeitszwang und den GULAG's unterdrückte, liquidierte. Wie er die kommunistische Parteien Europas gleichschaltete und Denunziantentum, Kriecherei, Verfolgung und Mord von Abweichlern zur parteiinstitutionellen Herrschaftsform entwickelte.

Diese Elemente der institutionellen Lüge, der Unterdrückung jeglicher Kritik von der von Oben vorgegebenen Generallinie finden sich auch heute noch in den 'moderen' stalinistischen Parteien wie der PKK oder Sendero. Selim Cürükkaya hat gerade einen bestürzenden Bericht über die Diktatur des Abdullah Öcalan in der PKK auf deutsch veröffentlicht, wo haargenau dieselben Herrschaftsstrukturen wie in der kommunistischen Partei zu Zeiten Stalins vorherrschen, wie sie z.B. Isaac Deutscher oder Victor Serge schildern: Säuberungen mittels Schauprozessen, Verschleppungen, ritualhafte-heuchlerische Selbstkritiken bei Verstoß gegen die Parteilinie, die allein 'Apo' bestimmt, hundertfache Ermordung von unbeugsamen, nicht reuigen Revolutionären, die Jahrzehnte der Folter in den türkischen Knasten hinter sich haben etc etc. Einfach nur noch abscheulich.

Mit politischen Gruppen, die eine solche menschenverachtende Politik decken oder gar gutheißen, kann es doch allen Ernstes keine Zusammenarbeit geben, oder?

Und mit Gruppen, die auch heute noch die DDR als sozialistischen Staat hochhalten, ohne z.B. auch nur einen Schimmer über die realen Produktions- und Unterdrückungsverhältnisse in den VEB's zu haben, die noch nicht einmal wissen, was in den DDR-Betrieben WAO (Wissenschaftliche Arbeitsorganisation, sehr eng angelehnt an die kapitalistisch-tayloristische Organisation der Arbeit) bedeutete, die disqualifizieren sich selbst als marxistisch-revolutionäre Gruppen. Allein die Übertragung des Privateigentums an Produktionsmitteln (formal) in die "Hände des Volkes" und (tatsächlich) auf die allmächtige Führung, dem ZK der Partei, schon für Sozialismus zu halten, grenzt an politischen Schwachsinn.

Schon allein diese ewige Abwiegelung der Kritik am Stalinismus nebst ihren Geschichtslügen, die uns die StalinistInnen immer wieder vorführen, ist was rückwärtsgewandtes und vorsichtig formuliert kontraproduktives. Die Linksradikalen in der BRD hätten stattdessen eine öffentliche Debatte über neue revolutionäre Perspektiven nach der Implosion des Realsozialismus und dem verschärften Klassenkampf von Oben und den neuen rechtsradikalen sozialen Bewegungen bitter nötig. Weil das mit den StalinistInnen nicht geht und gehen kann, haben sich viele undogmatische Gruppen aus der 1. Mai-Vorbereitung verabschiedet. Weil die AAB mit den stalinistischen Gruppierungen nicht brechen will, kann sie den Spagat nur aushalten, indem sie die politische Vorbereitung auf den 1. Mai völlig entpolitisiert. Das ist alles andere als revolutionäre Politik!

Sergio

Aufruf zum Straßenfest am 1.Mai 1997 auf dem Humannplatz

WIDERSPENSTIG UND LEBENDIG -
1.MAI-FEST AUF DEM HUMANNPLATZ

DER 1.MAI: Seit über einem Jahrhundert ist der 1.Mai ein internationaler Kampftag für soziale Rechte und gegen die Verhältnisse, die Ausbeutung und Unterdrückung erst möglich machen.
In Prenzlauer Berg gibt es seit 1990 eigenständige Demonstrationen und Straßenfeste am 1.Mai. Unabhängig von Gewerkschaftskungebungen, Parteifesten und der Kreuzberger 1.Mai-Demonstration, fanden Straßenfeste am Kollwitz- und Helmholtzplatz, sowie eigenständige Demonstrationen statt. Die Erfahrung von 1992 - eine Demonstration unter dem Motto "Der Osten schlägt zurück" endete mit Krawallen, bei denen überwiegend kleine Läden zerstört wurden - verdeutlichte: ein 1.Mai, der zu Lasten der BewohnerInnen geht und Inhalte nicht vermitteln kann, ist für alle ein Desaster. Ein breites Bündnis von politischen und sozialen Gruppen des Bezirks organisierte daraufhin in den folgenden Jahren Stadtteilfeste. Seit 1995 gibt es das Fest auf dem Humannplatz. Damit wurde ein zentraler Sammelpunkt geschaffen, um einen möglichen Naziaufmarsch am 1.Mai zu verhindern, gemeinsam zu feiern und sich gegenseitig kennenzulernen. Politische Gruppen und Kiezinitiativen machten Informationsstände und Diskussionsveranstaltungen, gleichzeitig fanden unterschiedlichste Konzerte statt. Das Fest entwickelte sich schnell zu einem Treffpunkt für Menschen aus dem Kiez, aber auch für viele Leute aus der ganzen Stadt, die hier den 1.Mai begehen. Auch 1997 wollen wir ein Straßenfest auf dem Humannplatz vorbereiten.
Es gibt viele Gründe, warum wir am 1.Mai unseren Protest gegen die hier herrschenden Zustände auf die Straße tragen wollen. Zeigen wir denen da oben, daß sie mit unserem Widerstand zu rechnen haben, daß wir uns nicht wegrationalisieren lassen und unser Leben nicht ihrer Profitgier unterordnen. Lassen wir nicht zu, daß Faschisten am 1.Mai aufmarschieren!
Wir wollen mit allen, die sich mit dem was passiert nicht abfinden wollen, ein Fest auf dem Humannplatz feiern. Gemeinsam- gegen die Versuche, uns voneinander zu isolieren.

BRD 1997: Offiziell sind 4,7 Millionen Menschen ohne Arbeit. Mehr und mehr Menschen haben immer weniger Geld zum Leben. Dennoch wird denen, die schon jetzt wenig haben, erklärt das gespart werden muß und wir alle den Gürtel enger schnallen müssen. Unter dem Vorwand der Globalisierung und der Rettung des Standorts Deutschland, werden in Jahrzehnten erkämpfte Zugeständnisse und soziale Rechte abgebaut. Sparen müssen freilich nur ArbeiterInnen, Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen, RentnerInnen, Alleinerziehende, StudentenInnen..Ansonsten gilt das Motto: Die Reichen müssen noch reicher werden!
Geld ist genug da: für Auslandseinsätze der Bundeswehr, Atommülltransporte, fette Gehälter für Bonner Beamte, Steuererleichterungen für Reiche... Wenn die Herrschenden dann doch einmal eingestehen, daß es mit dem Wirtschaftswunder Aufschwung Ost nicht so richtig klappen will, so haben sie die Sündenböcke gleich parat: Flüchtlinge und die hier lebenden ImmigrantInnen haben den Sozialstaat kaputtgemacht und gefährden den Wohlstand.
So werden Kriegsflüchtlinge rigoros abgeschoben und ausländische Menschen permanent drangsaliert. Die Herrschenden in der BRD bereiten innen- und außenpolitisch die militärische Option zur Durchsetzung ihrer Großmachtinteressen vor.

Gegen Sozialabbau und staatliche Repression ! Rassismus bekämpfen !

BERLIN 1997: Berlin ist Hauptstadt- das heißt: die Stadt muß für die Herrschenden bezugsfertig werden. Die Innenstadtbezirke sollen die neuen schicken Wohnquartiere der Bonzen werden. Dabei stören nur noch die alten Mieter. Also werden die Häuser luxussaniert und anschließend zu Horrormieten an Leute mit der entsprechenden Brieftasche vermietet. Soziale und kulturelle Einrichtungen werden dichtgemacht, die Polizei und diverse Sicherheitsdienste jedoch hochgerüstet, um die City und die Luxusmeilen " sauber " zu halten. Obdachlose werden von öffentlichen Plätzen vertrieben. Innensenator Schönbohm läßt besetzte Häuser räumen (damit sie anschließend wieder leerstehen) und erklärt ganze Stadtviertel zu gefährlichen Zonen, in denen verschiedene Grundrechte aufgehoben sind. Ausländische Menschen werden durch Razzien aus der City gejagt und in die Illegalität getrieben. Während überall Büro- und Geschäftszentren entstehen, wird bezahlbarer Wohnraum immer knapper.

Gegen ein Berlin der Bullen , Bonzen und Bankiers ! Kampf dem Hauptstadtwahn!

PRENZLAUER BERG 1997: Auch hier im Stadtbezirk haben immer mehr Menschen weniger Geld zur Verfügung. Viele haben Probeme, ihre Miete zu zahlen. Im Gegensatz dazu machen sich Spekulanten und Yuppies hier breit. Am Kollwitzplatz beginnend, wird Prenzlauer Berg in einen einzigen Freizeitpark für die Reichen umgewandelt. Geschäfte des täglichen Bedarfs müssen den vielen neuen (für uns unerschwinglichen) Kneipen und Nobelgeschäften weichen. Das Gelände um die Kulturbrauerei an der Knaackstraße soll zu einem riesigen Konsumtempel mit Multiplexkinocenter und Edelgastronomie werden.
Spekulanten lassen Häuser leerstehen, vertreiben Mieter aus ihren Wohnungen oder errichten Luxusappartments. Mit der Entwicklung, daß Menschen mit niedrigem Einkommen wegziehen müssen und Leute mit viel Geld herziehen, sind wir täglich konfrontiert.

Wir lassen uns nicht vertreiben ! Spekulanten und Yuppies den Marsch blasen! Wir Bleiben Alle!

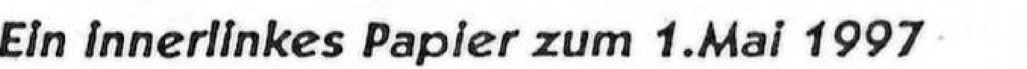
KEIN NAZIAUFMARSCH AM 1.MAI! In diesem Jahr wird es wieder Versuche von Faschisten geben, den 1.Mai für ihre Zwecke zu nutzen. 1996 marschierten 300 Jungnazis, von Polizei und Bezirksamt unbehelligt, durch Marzahn. Bereits am 15.Februar 1997 versuchten die "Jungen Nationaldemokraten", in Hellersdorf einen Aufmarsch durchzuführen. Dies konnte von AntfaschistInnen verhindert werden. Doch die Rückendeckung, die die Faschisten durch Innensenator Schönbohm erfuhren, als er Verhinderung des Naziaufmarsches kriminalisierte, lassen eine große, amtlich genehmigte rechtsextreme Veranstaltung am 1.Mai befürchten.
Das werden wir nicht zulassen!
Bereis 1992 wurden Faschisten von AntifaschistInnen vertrieben, als sie versuchten, am Thälmannpark einen Aufmarsch durchzuführen und auch in diesem Jahr wird das Fest ein Treffpunkt für antifaschistische Aktivitäten sein. Informationen über einen Naziaufmarsch, werden umgehend durchgesagt, so daß wir dagegen vorgehen können.

DESHALB: WIDERSPENSIG UND LEBENDIG AUF DEN HUMANNPLATZ!
WIR LASSEN UNS NICHT VERTREIBEN!

Wer sich an der Festvorbereitung beteiligen oder einen Stand machen möchte, wende sich an die
Festgruppe 1.Mai Humannplatz
c/o BAOBAB- Infoladen, Christburger Str. 3, 10405 Berlin, Tel.442 6174, Fax 443 590 66
Der Getränkeverkauf dient der Finanzierung des Festes. Eventuelle Überschüsse gehen an antfaschistische Projekte.

Wir rufen Gruppen und Einzelpersonen dazu auf, sich am Straßenfest zu beteiligen.
Dazu findet am 26.März um 20 Uhr ein Treffen im BAOBAB-Infoladen statt.

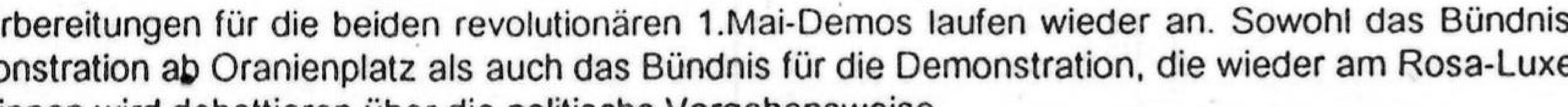
V.i.S.d.P.:Erika Mustermann, Prenlauer Allee 123, Berlin



"Erst Klarheit, dann Einheit!"

Karl Liebknecht in "Die Lebensfrage des Sozialismus"





Ein innerlinkes Papier zum 1.Mai 1997

Die Vorbereitungen für die beiden revolutionären 1.Mai-Demos laufen wieder an. Sowohl das Bündnis für die Demonstration ab Oranienplatz als auch das Bündnis für die Demonstration, die wieder am Rosa-Luxemburg-Platz beginnen wird debattieren über die politische Vorgehensweise.
Auf der einen Seite die Revolutionären Kommunisten (BRD), MigrantInnengruppen, Marxistisch-Leninistische Gruppen (z.B. die RAI - Rote Antifaschistische Initiative) und andere Gruppen - im Rosa-Luxemburg-Bündnis die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB), Jugendantifa-Gruppen, Leute vom Anti-Atom-Plenum, Rote Söckchen, AG Autonome Gruppen in und bei der PDS, eventuell das Anti-Olympia-Komitee (AOK), andere Zusammenhänge und wir von der ÖkoLi. Es kommt uns so vor, als hätte sich seit dem letzten Jahr nicht viel geändert. Der Standpunkt, in diesem Vorbereitungskreis trotz unterschiedlicher Demos keine Inhalte und Unterschiede zu diskutieren sondern Gemeinsamkeiten hervorheben zu wollen wird von vielen Leuten vertreten.
Das AOK war anfangs beim R.-L.-Bündnis dabei, hat sich aber gegen die geplanten angeblich herauszustellenden Gemeinsamkeiten der beiden Demos ausgesprochen, also gegen ein gemeinsames Motto und gegen eine gemeinsame Pressekonferenz beider Vorbereitungskreise.
Die AAB bewertet dieses als kontraproduktiv, ohne aber zu begründen, warum es dann überhaupt zwei getrennte Demos geben soll. Aus dem O-Platz-Bündnis wird verlangt, daß das AOK nicht mehr am R.-L.-Bündnis teilnehmen solle, da dieses nicht nur "Counter"-Positionen vertreten würde sondern auch mit dem "revolutionären Ostblock" zusammenarbeite. Das sei ihre Bedingung für eine Zusammenarbeit beider Demobündnisse.
Wir wollen in diesem Papier unsere Positionen und Einschätzungen kurz darstellen.

o Wir wünschen uns eine revolutionäre 1.Mai-Demo, die von (relativ) undogmatischen, linksradikalen Gruppen getragen wird.

Dieses würden wir als Chance und eventuellen Neuanfang verstehen, auch ohne die ML-Combos viele Menschen zu mobilisieren. Letztes Jahr waren es immerhin 15.000 !
Mit anderen libertären und linksradikalen Gruppen haben wir dort zusammen den "antiautoritären-sozialrevolutionären Block" unter dem Motto "Laßt uns unregierbar sein - Soziale Revolution weltweit!" vorbereitet. Uns ging es darum, Vorstellungen und Inhalte zu vermitteln, die eine Revolution nicht als einen von einer zentralistischen Kaderpartei herbeigeführten Putsch verstehen. Unsere Kritik an ML-Politik war und ist, daß sie nicht zu einer befreiten Gesellschaft führt sondern neue Unterdrückungsverhältnisse herbeiführt. Daher unsere Betonung der Vorstellung einer Sozialen Revolution, erkämpft durch den selbstorganisierten Kampf gegen HERRschaftsverhältnisse - und zwar in basisdemokratischen Strukturen, die emanzipatorisch sind und wirken.
Antiautoritäre Politik heißt für uns aber nicht Unverbindlichkeit sondern im Gegenteil der Versuch, in kontinuierlich arbeitenden Zusammenhängen zu agieren. Dabei haben wir durchaus Kritik an Erscheinungsformen autonomer Politik und wollen auch nicht nur von einer Kampagne zur nächsten springen.
Aus der Blockvorbereitung vom letzten Jahr entstand das "antiautoritär-sozialrevolutionäre Plenum". Die Existenz dieses eigentlich nicht schlechten Versuchs, undogmatische linksradikale Gruppen sowohl in der Theorie als auch in der gemeinsamen Praxis mehr zu vernetzen, hielt aber nur ca. Sechs Monate an. Geblieben ist aber auf jeden Fall Zusammenarbeit mit einigen Leuten und Zusammenhängen, wie z.B. bei der Vorbereitung für die linksradikale Anti-AKW-Demo am 8.2 diesen Jahres.

o Uns wird vorgeworfen, antikommunistisch zu sein und zu spalten.

Da wir uns unsere BündnispartnerInnen selbst aussuchen, sehen wir uns nicht als SpalterInnen. Für uns gibt es nicht eine angeblich "mechanische Einheit der Linken". Wir haben nichts dagegen, wenn ML-Gruppen sich ihre BündnispartnerInnen suchen und mehrheitlich im O-Platz-Bündnis sind. Wir wollen auch nicht einer Kriminalisierung dieser Demo Vorschub leisten, haben überhaupt kein Interesse daran, wenn diese Demo angegriffen wird und werden auch keine Plakate überkleben. Nur wollen wir nicht mit diesen Gruppen in einem revolutionären Demobündnis sein. Warum sollen wir das nicht sagen ? Deswegen sind wir auch gegen eine gemeinsame Pressekonferenz, weil eine solche unserer Meinung nach grundlegende inhaltliche Differenzen ausblenden würde. Und diese sind da.
Daß dieses natürlich als Antikommunismus bezeichnet wird, ist klar (genau wie im letzten Jahr). Eine Info am Rande : es wird ein Diskussionstreffen zwischen der ÖkoLi-Berlin und den RKs geben, wo wir unsere Positionen darstellen wollen. Und zwar tiefergehender (sofern möglich...) als die bekannte "Interim-Debatte".
Gerade die sich marxistisch-leninistisch nennenden Gruppen glauben für sich, den Begriff Kommunismus gepachtet zu haben. Einige glorifizieren Stalins Politik, sie träumen immer noch von der zentralistischen Kaderpartei als politischer Strategie. Eine Kritik, die aussagt, daß das nicht zu einer klassenlosen und HERRschaftsfreien Gesellschaft führe, wird als antikommunistisch bezeichnet und mit der bürgerlichen Totalitarismusthese auf eine Stufe gestellt. Ein billiger Schachzug...
Keine Basis für gemeinsames Handeln und Kämpfen.
Wir beziehen uns sowohl positiv auf den Marxismus als auch auf einige anarchistische Theorien - wollen aber einen neuen politischen und linksradikalen Ansatz. Dazu gehört eine radikalökologische Position, die erörtert, warum die ökologische und die soziale Frage nur zusammenhängend gelöst werden kann, eine feministische Position, da die patriarchale Struktur dieser Gesellschaft und der Kapitalismus zusammenhängen, eine antirassistische Position, die eine antinationale/antistaatliche Position miteinbezieht, weil es weltweit um die Überwindung von Nationalstaaten gehen muß.

Es gibt viel zu tun. Wir würden gerne wieder einen sozialrevolutionären Block mit anderen organisieren !!

P.S.: Auf Kiezpatriotismus wie er z.B. vom revolutionären Ostblock vertreten wird haben wir übrigens keine Lust.

Am Ende noch ein Auszug aus unserem Papier zur Rosa und Karl-Demonstration 1997 :

"Rosa Luxemburg lehnte eine Partei der BerufsrevolutionärInnen wie sie die Bolschewiki in Rußland aufgebaut hatten, ab. Nur Selbsthandeln und Selbsttätigkeit der Menschen könne zum Sozialismus führen, deswegen müßten sich die ArbeiterInnen von der Bevormundung durch ihre FührerInnen befreien. Sie vertrat die "Diktatur des Proletariats" (würden wir heute übrigens nicht mehr verwenden) gegen die HERRschende Klasse und gegen die Konterrevolution als Weg zum Kommunismus, allerdings als etwas Grundverschiedenes zu Lenin, nämlich als die breite Selbstorganisierung der revolutionär gesinnten Massen, nicht als Diktatur über sie. Der Sozialismus könne nur das Werk der ArbeiterInnen selbst sein, nicht einer Minderheit im Namen der ArbeiterInnen, da die Idee des Sozialismus die HERRschaft einer Minderheit ausschließe (siehe Rosa Luxemburg "Blanquismus und Sozialdemokratie", 1906).
In der Kritik an Lenin, seinem "Ultrazentralismus", der "sterilem Nachtwächtergeist" entspringe, war Rosa der Meinung, daß die Eigeninitiative durch "eine Handvoll akademischer Leiter" erstickt werde. Dank der erzieherischen Wirkung der Fabrik würden sich die ArbeiterInnen Lenins Vorstellungen von straffer Disziplin freudig unterwerfen.
Vorraussetzung für Emanzipation sei aber gerade, daß sklavische Unterordnung durchbrochen und durch eine auf Einsichtigkeit und Freiwilligkeit beruhende Selbstdisziplin ersetzt werde (siehe Rosa Luxemburg, "Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie", 1904).
Und gerade diese Gedanken, die auch Karl Liebknecht vertrat, sind unserer Meinung nach spannend und für die Zukunft eines revolutionären Widerstandes brauchbar (im Gegensatz zur Geschichtsverklärung der ML-erInnen).
Vorraussetzung für eine revolutionäre Bewegung und für eine revolutionäre Umwälzung ist das selbstständige, selbstbestimmte Denken und Handeln der Individuen als Teil der Bewegung.Gerade für Karl Liebknecht war die Geschichte nicht nur durch historische Gesetze festgeschrieben. Eine sozialistische Gesellschaft sei nicht "naturnotwendig" und unvermeidlich, auch die Barbarei sei möglich. Entscheidend sei der Wille zur Veränderung und die Tatsache, daß die Verhältnisse international wirken und nur international umzuwälzen sind (siehe Karl Liebknecht in "Antimilitarismus!").
Schaut mensch sich die Kritiken und Analysen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht an und betrachtet diese aus heutiger Sicht, so entdeckt mensch einiges, was sie prophezeit hatten (Mechanismen des Parlamentarismus, der sich aus der russischen Revolution entwickelnde Stalinismus als neue ElitenHERRschaft mit staatsterroristischer Struktur und als Pervertierung der kommunistischen Utopie, etc.).
Für eine heutige revolutionäre Bewegung ist es unerläßlich, dieses zu beachten, wenn es um eine wirklich befreite Gesellschaft gehen soll. Anstatt des Betreibens marxistisch-leninistischer Politik, wie z.B. durch das theorielose Anklatschen von Lenin an eine Gedenkdemo für Rosa und Karl, wollen wir betonen, daß es uns gerade um die libertären Aspekte bei den beiden geht.
Die KPD,die von ihnen gegründet wurde, hatte nur wenig mit dem zu tun,was in der Weimarer Republik aus ihr geworden ist. Die GründerInnen hätten sich wahrscheinlich im Grabe umgedreht...
Statt Geschichtsverklärung ist es unserer Meinung nach wichtig, z.B. den Rätegedanken, der bei Rosa und Karl auftaucht, weiterzuentwickeln. Gerade in der Frage, wie denn eine befreite Gesellschaft aussehen könnte, reichte ihre Analyse nicht aus."

Ökologische Linke (ÖkoLi) Berlin ✉ c/o Nachladen Waldemarstr.36 10999 Berlin

v.i.s.d.p.: juliane weber, nailaer weg 37, 14098 berlin

Lieber Hans Dampfablasser,
ich kann verstehen,daß Du die Genossinnen von der AAB in Schutz nehmen willst, wenn es darum geht, sie pauschal als Stalinisten und damitv als menschenverachtende Konterrevolutionäre abzustempeln. Doch dies war wohl nicht die Absicht des/der Autor/in. Vielmehr geht es darum aufzuzeigen,daß wir nicht alle an einen Strang ziehen und daß die Marxisten/Leninisten sowie auch die reformistischen Marxisten bisher auch noch jede libertäre Revolution in Europa zusammengeschossen oder an die herrschende Klasse verkauft haben. Damit sind die Führer der entprechenden Parteien gemeint nicht die aufrichtig für die Revolution kämpfenden GenossInnen an der Basis. Diese wurden von ihren glorreichen Führern selber zu hundertausenden verkauft und ermordet. Lenin ist nicht der Idealist, der dafür nichts kann. Tscheka und rücksichtsloses Vorgehen gegen alle AnarchistInnen lagen voll und ganz in seinem Konzept. Trotzki genauso. Die einstige Vorhut der Revolution, die Kronstädter Matrosen ließ er massakrieren als sie die soziale Revolution verteidigten.
Letzendlich liegt der Gegensatz eindeutig in den verschiedenen Ansichten Marx und Bakunins zu Staat, Partei, Zentralismus und Revolution.Wie kann jemand heute noch Lenins"Staat und Revolution" lesen, worin dieser von dem Absterben des Staates schwafelt,ohne sich mit Grausen die dann tatsächlich stattgefunden Prozesse zu vergegenwärtigen?
Sehr empfehlenswert ist in dieser Hinsicht auch das Werkm von Arthur Lehning : "Anarchismus und Marxismus in der russischen Revolution".
Ich weiß natürlich auch, daß es immer auch Marxisten gab, die auf unserer Seite der Barrikade standen, von den Spartakisten der Revolitionszeit hier bis zu den Poum Milizen in Spanien.
Den neuen starken Führern aber sei kräftig in die Suppe gespuckt: Wenn wir uns jetzt immer noch denjenigen unterordnen, die lediglich eine neue Herrschaft aufbauen,dann aber entgültig Gute Nacht. Im Angesichts unser ermordeten GenossInnen kann jede Polemik gegen die von der Staatsidee Besessenen nicht scharf und dreckig genug sein.Damit möchte ich niemanden von der AAB zu nahe treten, denn diese Organisation ist noch lebendig genug, um sich auf unserer Seite der Barrikade wiederzufinden.
Zum Abschluß ein Vorschlag: Wenn schon 3 Ls warum dann nicht die Landauer, Liebknecht, Luxemburg Demo im nächsten Jahr. Landauer wurde während der selben revolutionären Epoche in Deutschland ermordet und hat mit seiner tiefen Menschlichkeit für mich eine weitaus größere Bedeutung als Lenin, den ich als politischen Gegner betrachte.
Die Lehre aus Orwells Animal Farm kann nur heißen, Schweine ins Weltall.
In diesem Sinne,DER IN DIE SUPPE SPUCKT !

Einladung zur Veranstaltung

zum Buch:

"LebensBilder - Lebenslügen".

Leben und Sterben im Zeitalter der Biomedizin

Hg. Frauen gegen Bevölkerungspolitik

mit Uta Eser (Herausgeberin)

am 21. März, 20.00 Uhr
Ort: Buchladen Schwarze Risse
Gneisenaustraße 2a

Thema der Veranstaltung:

Seit Begründung der Biologie als Wissenschaft vom Leben Ende des 18. Jahrhunderts wandelten sich die Vorstellungen von "Leben" durch die Erkenntnisse biologischer und medizinischer Forschung.
Grundlegende Bereiche wie Schwangerschaft, Geburt, Krankheit und Tod werden immer stärker von wissenschaftlichen Erkenntnissen geprägt und umgdeutet.
Fortschritte in der molekularbiologischen Erforschung von Körperprozessen verlegen das Krankheitsgeschehen in die Welt von Molekülen und chemischen Reaktionen.
Ob sich jemand als krank empfindet oder nicht, wird zuderts, werden mit Naturwissenschaft und Medizin technische Möglichknehmend von normierten Laborwerten beeinflußt. Die Frage des Todeszeitpunktes wird von medizinischen Möglichkeiten und Meßgeräten bestimmt.
Im 19. Jahrhundert wurde versucht, mit Hilfe von Naturwissenschaft und Medizin die soziale Rolle der Frau in der bürgerlichen zu definieren und die Frauen auf Mutterschaft und Hausarbeit festzulegen. Heute, gegen Ende des 20. Jahrhuneiten entwickelt, die nächsten Generationen im Hinblick auf ihre genetische Konstitution zu kontrollieren.

In der öffentlichen Diskussion um die zukünftige medizinische Anwendung der Bio- und Gentechnologie steht meist die Abwägung der Chancen und Risiken im Vordergrund. Die gesellschaftlichen Konsequenzen gehen dabei oft unter, da sie schwerer zu benennen sind. In der Veranstaltung soll die Möglichkeit für eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Entwicklungen geboten werden.

Therapieziel: Abschiebung

Flüchtlingsinitiativen besetzen Berliner Charité

Gegen die Praxis der Universitätsklinik Charité, osteuropäische PatientInnen bei fehlender Kostenübernahme für den Krankenhausaufenthalt in Deutschland zur weiteren Behandlung in ihre Herkunftsländer zu transportieren, protestierten am Mittwoch vorletzter Woche mehrere antirassistische Gruppen und Flüchtlingsinitiativen mit einer Besetzung der Verwaltung der größten Ostberliner Klinik.

Nachdem zuvor eine Mitarbeiterin des Klinikums in einem Radiointerview erklärt hatte, daß dieses Verfahren an das Einverständnis der Betroffenen gebunden sei, wurde MitarbeiterInnen des Berliner „Büros für medizinische Flüchtlingshilfe" zumindest ein Fall bekannt, bei dem ein solcher Transport gegen den erklärten Willen der Patientin stattfinden sollte: Eine aus Polen stammende, in Berlin lebende Frau war als Notfall in die Charité aufgenommen worden, weil es bei fortgeschrittener Schwangerschaft zu Komplikationen gekommen war. Drei Tage nach einer Entbindung durch Kaiserschnitt wurde ihr die für den nächsten Tag bevorstehende Verlegung in ein polnisches Krankenhaus mitgeteilt. Der Protest der Patientin selbst nutzte nichts. Erst durch massive Intervention der sie ambulant behandelnden Frauenärztin gelang es, den Transport abzuwenden. Schließlich bekam sie ihren zuvor eingezogenen Reisepaß ausgehändigt und konnte das Krankenhaus verlassen, nachdem sie noch unterschreiben mußte, gegen ärztlichen Rat zu gehen.

Der bei der Besetzung mit diesen Tatsachen konfrontierte Verwaltungschef der Klinik, Taegert, erklärte sich vollständig einverstanden mit dem Vorgehen seiner Mitarbeiter. Auch das Einziehen der Pässe durch Krankenhausangestellte stellt für ihn keine unzulässige Maßnahme dar.

„Wir erklären ihnen: Paß auf mein Lieber, wir helfen dir in deinen Kulturkreis. Du kriegst hier Riesenprobleme", erläuterte Hans-Christian Weder, Leiter des Krankenhaus-Sozialdienstes, im Interview mit der *jungen Welt* das im letzten Jahr etwa zehnmal praktizierte Verfahren. Er sehe dies als humanitäres Engagement, um den Betroffenen eine lebenslange Verschuldung zu ersparen. Die Schulden würden andernfalls vom Krankenhaus auch in den „Heimatländern" über Inkassofirmen eingetrieben.

In ihrer Presseerklärung machten die BesetzerInnen demgegenüber deutlich, daß es dem Krankenhaus hauptsächlich um Kosteneinsparung gehe und ausländische PatientInnen vor allem mit der Angst vor lebenslanger Verschuldung massiv unter Druck gesetzt würden, um ihre Zustimmung zu einem Transport zu erreichen. Damit folgte die Charité einer den gesellschaftlichen Alltag in der BRD bestimmenden rassistischen und nationalistischen Einteilung von Menschen, denen hier kein Aufenthaltsrecht zugestanden wird.

Während der Aktion wurden auch Flugblätter im Bettenhaus der Klinik verteilt, um PatientInnen und Angestellte zu informieren. Viele MitarbeiterInnen wußten nichts von den an ihrer Arbeitsstelle praktizierten Abschiebungen, und auch der Betriebsrat war an weiteren Informationen interessiert.

Inzwischen hat die Aktion weitere Reaktionen hervorgerufen: Die Ärztekammer Berlin sowie der gesundheitspolitische Sprecher der Berliner Grünen, Bernd Köppl, forderten die Einrichtung eines Fonds, um die Behandlung von PatientInnen ohne Krankenversicherung zu finanzieren.

Die Besetzerinnen hatten deutlich gemacht, daß die Verantwortung für die Folgen der immer mehr Menschen in die Illegalität drängenden Asylgesetzgebung und der Sondergesetze für AusländerInnen nicht bei den Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen liegen dürfe.

Jan Adolphsen

SOZ
6.3.97

Aktionswoche 13. - 22. März 1997:

Berxwedan jiyane! Direnmek yasamaktir!
Widerstand ist Leben!

Termine:

13. 3. 19 Uhr Veranstaltung zur aktuellen Situation im Baskenland mit einem ehemaligen baskischen politischen Gefangenen und einer Vertreterin von Gestoras pro amnistia, Café KATO, U-Bhf. Schlesisches Tor

15. 3. 17 Uhr Veranstaltung mit Film zum Jahrestag des Aufstandes in Istanbul-Gazi; Kulturhaus Silbersteinstr. 96, HH 1.St. U-/S-Bhf. Hermannstraße

16. 3. 18 Uhr Veranstaltung zur aktuellen politischen Situation in Kurdistan, der Türkei und zu Verfolgung kurdischer und türkischer Linker in der BRD, Café KATO, U- Schles. Tor

18. 3. 17.30 Uhr Knastkundgebung in Moabit
Freiheit für alle kurdischen, türkischen und deutschen politischen Gefangenen! Schluß mit der Siegerjustiz gegen Menschen aus der ehemaligen DDR! Alt Moabit 12a, U-Bhf Turmstr.

20.3. 18 Uhr internationalistische Newroz-Demonstration, Hermannplatz

22. 3. 12 Uhr Kundgebung des Solidaritätskomitees mit den Samstagsmüttern gegen das Verschwindenlassen Breitscheidplatz

Bündnis „Widerstand ist Leben": AGIF- Föderation der ArbeitsimmigrantInnen aus der Türkei in der BRD; Demokratischer EmigrantInnenverein e.V.; FrauenLesben-Kurdistansolidaritätskomitee; Gruppe Venceremos; Hoybun Kurdischer Verein; Informationszentrum für freie Völker; KOB-Kollektiv; Kurdistan AG der TU; Prozeßgruppe Birgit Hogefeld; RAI - Rote Antifaschistische Initiative; Rote Hilfe e.V. Berlin; Roter Novemberjugend; Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega
Kontakt: Widerstand ist Leben c/o Solidaritätskomitee, Wilhelmstr. 9, 10963 Berlin. Fax 030 - 2518539

und außerdem:

21.3. 20 Uhr Newrozfest im Ex
Gneisenaustr. 2 a, U-Bhf. Mehringdamm

An die INTERIM-Redaktion der Nr. 411:

Ihr habt unsere Erklärung zu den Angriffen auf die Deutsche Bahn AG rund um Berlin um ca. 95% gekürzt und auf einen Satz reduziert. Dieses Vorgehen ist weder kenntlich gemacht noch erklärt worden. Die INTERIM-LeserInnen mußten also davon ausgehen, daß die gesamte Bekennung nur einen Satz umfaßt.
Mal abgesehen davon, daß die bürgerliche Presse sehr viel ausführlicher daraus zitiert hat, hat uns Euer Vorgehen sehr erstaunt. Wir sind bisher davon ausgegangen, daß Bekennerschreiben grundsätzlich ungekürzt und unverfälscht publiziert werden. Wir haben uns oft genug über die taz aufgeregt, die bsp. Papiere von den GenossInnen der RAF kürzte. In der Regel sind dabei aber zumindest die Kürzungen redaktionell gekennzeichnet worden.
"Die INTERIM kann nur so gut sein, wie die eingesandten Papiere" - dies ist sinngemäß einer Eurer Kernsätze für Euer Projekt und Ihr habt recht damit. Unsere Erklärung war auf jeden Fall nicht zu lang für einen ungekürzten Abdruck - sie bestand aus lediglich einer Seite. Eventuell genügte sie inhaltlich oder (was wir eher vermuten) thematisch nicht Euren Anforderungen oder Projektionen. Das mindeste wäre gewesen, daß ihr die Kürzung deutlich kennzeichnet und an geeignter Stelle (eventuell im Vorwort) politisch begründet. Dann wäre eine Auseinandersetzung eröffnet, vielleicht über den Sinn oder Unsinn von Angriffen auf die Bahn AG im Zusammenhang mit Atommülltransporten oder über den vielleicht langweiligen Inhalt von Bekennerschreiben oder worüber auch immer. So oder so ist Euer Vorgehen für uns ein Tritt vors Schienbein, aber so auch noch ohne jede Begründung.
Wir sind uns zwar sicher, daß unsere Aktion für sich spricht, aber dennoch haben wir uns Gedanken über eine Erklärung gemacht und die auch verfaßt. Diese ist sicherlich nicht von so hoher Qualität gewesen, daß sie in der gesamten Autonomen Bewegung diskutiert werden muß, nur: Die INTERIM ist das einzige Medium, von der wir eine ungekürzte Verbreitung erwartet haben.
Wenn Ihr den Anspruch habt, ein Blatt von der Bewegung für die Bewegung zu machen und lediglich die inhaltlichen Ausführungen in einer Ausgabe zusammenfaßt, ein Titelbild, die letzte Seite, das Vorwort etc. dazupackt, ist es mindestens problematisch, wenn nicht ganz klar illegitim, die Erklärung einer militanten Gruppe zu einer Aktion ohne jeden Kommentar dermaßen zu verstümmeln, daß nichts übrigbleibt. Da die Erklärung auch nicht im Ordner gelandet ist, wo nach INTERIM-Selbstverständnis alles landet, was nicht abgedruckt wird, habt Ihr unser Bekennerschreiben glatt unterschlagen.
Wir fordern von Euch eine Stellungnahme dazu.

AUTONOME GRUPPEN

P.S.: Nur zur Klarstellung: wir wollen, daß dieses Schreiben veröffentlicht wird, das "P.S." trennt bitte vorher ab.

Hallo liebe Leute,

CASTOR NIX³

an dieser Stelle meldet sich mal wieder die Nachbereitungsgruppe der Anti-SIEMENS Demo vom 08.02. zu Wort...der Stand der Dinge:

Die inhaltliche Nachbereitung (sprich: die Erstellung des NachbereitungsReaders und die Aufarbeitung von Theoriedefiziten, etc.) läuft langsam aber sicher an, und wie es aussieht wird sich aus dem Kreis der an der Demovorbereitung beteiligten Gruppen eine Kampagne entwickeln, die weiterhin gegen SIEMENS arbeiten wird.

Die Möglichkeit zum praktischen Angriff gegen SIEMENS werden wir spätestens im Oktober haben, da SIEMENS dann das 150jährige Firmenjubiläum feiern will...und diese Gelegenheit werden wir zu nutzen wissen!!!

Wir können aus diesem Grunde auf jeden Fall auch eure tatkräftige Unterstützung brauchen, falls ihr Lust habt euch an weiteren Diskussionen und Aktionen zu beteiligen, schaut doch einfach beim Plenum vorbei.

Wir treffen uns auch weiterhin jeden Donnerstag ab 19 Uhr im NachLaden in der Waldemarstr.36 in Kreuzberg. Telefonisch könnt ihr uns auch erreichen, und zwar unter der Nummer: 030/6157329

Also, kommt vorbei und unterstützt uns...wir freuen uns auf euch!

In diesem Sinne:

SIEMENS ABSCHALTEN!

SOFORTIGE STILLEGUNG ALLER ATOMANLAGEN WELTWEIT!

SOFORTIGE STILLEGUNG DES HERRSCHENDEN SYSTEMS!

erzlichst, eure Demonachbereitungsgruppe (ja, ja, der Name ist blöd- wissen wir selber... wir arbeiten daran).

st Skriptum: Es wird im April noch einmal ein Treffen für die von Repression betroffenen Menschen vom 08.02.

en...watch out!

Peiner Polizeibeamte vom Castor-Einsatz zurück

„Als Steine auf die Kollegen flogen, durften wir den Posten nicht räumen"

Rund 1000 Überstunden bescherte der Castor-Transport der Peiner Polizei-Inspektion. Alle Männer und Frauen sind unverletzt, aber übermüdet und mit neuen Erfahrungen von ihrem Einsatz zurückgekehrt. „Die Qualität der Gewalt durch sogenannte Autonome ist eine andere geworden", sagte Polizeiobermeister Christian Gleich.

Peine (de). Der Beamte geht davon aus, daß es einen erneuten Transport radioaktiver Abfälle so friedlich nicht wieder geben wird. „Diese zugereisten Demonstranten verfügten über Geländemotorräder, Handys, verständigten sich über Handzeichenketten und waren teilweise schneller als wir", sagte er.

Als Steine auf die Polizei geworfen wurden, stand Gleich in unmittelbarer Nähe. „Wir waren zum Streckenschutz eingeteilt und durften unseren Posten nicht verlassen", sagte der Beamte. „Das war schon ein komisches Gefühl, ich hätte anstelle der Kollegen auch Hilfe erwartet."

Andere Probleme hatte Obermeisterin Sabine Goldfuß. „Von morgens 3 bis abends 22 Uhr im Dienstanzug, da können wir uns nicht einfach hinter einen Baum stellen, wenn wir mal müssen", sagte sie. So wurde bei Bedarf kurzerhand bei den Anwohnern geklingelt, die Uniformierten durften herein. „Überhaupt waren die meisten der Demonstranten nicht gegen die Polizei eingestellt", hat Obermeister Frank Glinke erfahren. Streß gab es überwiegend mit den Vermummten.

„Es ist für mich nur schwer zu ertragen, einen Straftäter zu sehen, mich beschimpfen zu lassen und nichts dagegen unternehmen zu können", sagte er. „Gewalt aus der Gruppe kann nur schwer begegnet werden, in vielen Fällen fehlen uns allein schon die Möglichkeiten der Täterermittlung."

Die Peiner Abordnung war zunächst in Göttingen eingesetzt, wo sie unter anderem den Bahnhof schützen mußten. Danach ging es nach Bergen-Belsen in eine Kaserne. „Jeden Tag mußten wir eineinhalb Stunden zur Castor-Strecke fahren", sagte Gleich. Der Aufwand war enorm, Probleme gab es mit der Versorgung.

„Am Montag waren wir in den Verpflegungslisten nicht vorgesehen", sagte Goldfuß, „zwei Kollegen hatten aber vorgesorgt und Proviant für uns mitgenommen." Ansonsten gab es viel Cola und andere süße Brause sowie ein „Lunchpaket" für unterwegs. „Die Lebensmittel wurden aber mit der Zeit nicht besser", stellte Gleich fest. In der Kaserne klappte die Versorgung. „Künftig wird literweise Mineralwasser statt Brause ausgegeben, eine Erfahrung, die auch erst gemacht werden mußte", sagte Polizeidirektor Kurt Hake. Auch die „geschmacksneutralen" Koteletts sollen künftig vor dem Verzehr erst durch die Fritteuse gezogen werden.

Für die Peiner Beamten war der Castor-Transport ein „normaler Polizei-Einsatz, nur der Schlaf fehlte". Daß er aber auch ganz anders hätte ablaufen können, ist den Beamten klar. „Wir kennen zwar den großen Rahmen der Aktion, aber auf Besonderheiten muß sich jeder einstellen", sagte Glinke, „wir müssen immer mit allem rechnen."

riminalisierung wegen Castortransportplakat
nfoladen Paderborn wurde am 01.03 durchsucht

m 01.03.97 wurde der Infoladen von neun Polizisten/Polizistinnen unter nleitung des Oberstaatsanwalts Dietzmann und im Auftrag des Staatsschutzes urchsucht. Anlaß für diesen einstündigen Riesenaufwand war ein Plakat im chaufenster, daß zum Widerstand gegen den Castortransport aufrief Maulwurfplakat mit Anleitung zum "Krallenbau" "Für einen lebendigen und ilitanten Widerstand. Gegen den Castor). Nach dem Strafgesetzbuch § 111 ei dieses Plakat ein "öffentlicher Aufruf zur Strafhandlung". Außer dem lakat wurde nichts beschlagnahmt.

Nachbarn beobachteten, daß am Nachmittag zwei Personen die Schaufenster es Infoladens mit Teleobjektiv fotografierten, eine Aktion, die seit ahren regelmäßig von der Polizei vorgenommen wird. Anstatt eine urchsuchung in Anwesenheit von Infoladenmitgliedern vorzunehmen, erschaffte sich die Polizei wenige Stunden später (ab 18.50) mit dem chlüsseldienst Einlaß. Angeblich sei Gefahr in Verzuge gewesen. Um was für ine Gefahr es sich handeln soll, bleibt schleierhaft. Wenige Minuten päter kam durch Zufall ein Mitglied des Infoladens hinzu. Sie machte auf hr Hausrecht aufmerksam und weigerte sich, der Aufforderung der Polizei, en Laden wieder zu verlassen, Folge zu leisten.

Laut Polizeiaussage fand die Durchsuchung wegen des Plakates statt, da ich noch mehr Plakate im Infoladen befinden könnten. Außerdem waren die eamten daran interessiert, zu erfahren, wer das Plakat hergestellt und erbreitet habe (wußten wir aber nicht).

ie durchsuchten alle Ordner, Zeitschriften, fotografierten jedes einzelne etail (Unterschriftenlisten, die Radi und Interim, Terminalernderseiten,Adressen, Plakate). Da diese Fotos keinesfalls zur Ermittlung des angeblichen Durchsuchungsgrund beitragen, können wir davon ausehen, daß ein großes Interesse besteht, Mitglieder des Infoladens zu ontrollieren und zu kriminalisieren.

Der Verdacht der Kriminalisierung liegt nahe, da erst vor wenigen ahren ein ähnlicher Kriminalisierungsversuch vorgenommen wurde. Damals ing es um ein Plakat, daß den Vorwurf der Ermordung von Wolfgang Grams nthielt. Da von staatlicher Seite jedoch an der Version festgehalten urde, Grams habe sich selbst ermordet, wurde den VerteilerInnen des lakats "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" vorgeworfen.

Desweiteren wurde in den letzten Monaten ein verschärftes Interesse des erfassungsschutzes an der Paderborner Linke registriert. Mehrmals ersuchte ein Pärchen, daß sich als Mitarbeiter des Innenministeriums orstellte, mindestens eine Person aus linken Strukturen für ihre ushorchzwecke anzuwerben. Dieses Paar besaß detailierte Informationen aus olizeiakten und dem Privatleben der Person und versuchte, sie damit unter ruck zur Mitarbeit zu zwingen.

Diesmal wurde also genau ein Tag vor der Demonstration in Altenbeken egen den Castortransport der Infoladen gründlich auseinandergenommen, um ich gewaltsam Hinweise auf linke Strukturen zu verschaffen. Da der nfoladen ständig von der Polizei beobachtet und daher auch von der bwesenheit der Mitglieder des Ladens gewußt wurde, gehen wir davon aus, aß die Durchsuchung ohne Zeugen vonstatten gehen sollte.

a der Widerstand gegen den Castortransport von staatlicher Seite erzlichst unerwünscht ist,gehen wir außerdem davon aus, daß mit diesen riminalisierungsversuchen versucht wird, linke Personen einzuschüchtern nd dadurch zum Schweigen zu bringen.

RDF-Infoladen, Postfach 1334, 33043 Paderborn, Tel.:05251/730137

X-tausendmal Gewaltbereit

Nicht gewaltfrei aber provozierend, eskalierend und phantasievoll

Da eine genauere Beschreibung des Ablaufs bestimmt noch jemand schreibt, will ich stattdessen vor allem etwas zur sogenannten Gewaltfrage schreiben. Viele Leute im Wendland waren genervt über die X-tausendmal-Quer Leute und "gewaltfreie" AbwieglerInnen. Gewaltfrei war dabei eben in Anführungsstrichen, weil es mir nicht um eine Diskreditierung gewaltfreier Konzepte allgemein, sondern lediglich um das massive gewaltfreie Grauen im Wendland geht. Die, die dort waren, wissen was ich meine. Für die anderen versuche ich es darzustellen.

Die Tage begannen auf den Schienen. Die gut gemachte Ankettaktion von zwei Leuten, die den Transport tatsächlich lange aufhielten, war am spektakulärsten. Allerdings wurden auch feste Strohballen, die wenn sie erstmal brennen nur schwer zu löschen sind, auf den Gleisen in Brand gesetzt, Sitzblockaden gemacht, Schienen unterhöhlt und der Transport konnte sogar mit Steinen beworfen werden.
Gleichzeitig sammelten sich vorm Verladekran einige tausend Leute unterschiedlichster Spektren. Die Gewaltfreien von x-tausendmal Quer, richteten sich dabei mit Stroh und Schlafsäcken auf der Straße ein.
Schon seit Mittags wurde die Nord- und Südroute, vor allem von Militanten und undogmatischen Leuten untertunnelt. Die Südroute wurde von Bauern mit verkeilten und zum Teil einbetonierten Traktoren blockiert. Da diese Strecke bald aussah wie Schweizer Käse wurde sie von den Bullen weitgehend aufgegeben. An der Nordroute wurden die Grabungen erst später in größerem Umfang begonnen. Dort wurden von den Bullen im weiteren immer mehr Kräfte zusammengezogen. Gewaltfreie MitstreiterInnen, die dort mitagierten und Sitzblockaden versuchten, wurden häufig von den anstürmenden Bullen zusammengehauen. Dennoch gelangen über den Tag einige Grabungen an der Nordroute.
Über den gesamten Dienstag lief wenig. Grabungen an der Nordroute konnten nicht mehr durchgeführt werden. Gewaltfrei bestimmte Aktionen endeten im Kessel und einige Angriffe auf Bullen waren zwar kurz erfolgreich, aber das Straßenstück mußte aber immer schnell wieder aufgegeben werden. Unter Polizeischutz wurden die Schaden an der Nordroute durch BauarbeiterInnen notdürftig behoben. Am Verladekran war mittlererweile eine dogmatische Gewaltfreie Stimmung aus der heraus selbst auf Sprechchöre und Trillerpfeifen sofort mit "Keine Gewalt"-Sprechchören reagiert wurde. Es liefen weder Versuche die Straße zu tunneln noch Versuche aufs Gelände zu gelangen. Stattdessen wurde "diszipliniert" und gutbürgerlich auf die Raumung gewartet.
Ab Mittwoch-Nacht wurde die X-Tausendmal quer Blockade abgeräumt. Nachdem die Bullen bereits die gesamte Strecke seit Montag ständig immer wieder räumten, wurde nun auch der letzte Streckenabschnitt besetzt. Als es Zeit zum Losfahren wurde, hielten die Bullen noch schnell den Knüppel und Wasserwerfer ordentlich rein. Die Stimmung am Verladekran war sehr gereizt. Allerdings nicht gegen die Bullen (Staatsbürger in Uniform) sondern gegen alle, die sich erdreisteten schwarze Klamotten anzuhaben, oder gar Parolen riefen oder mit Trillerpfeifen lärmten.
Als die Leute auf der Straße weggeräumt waren, spannten sich noch Vier in einer gelungenen Aktion über die Straße und hielten den Transport einige Zeit mit einem Seilakt auf. Auch als die Bullen drei davon unter lebensgefährlichen Bedingungen abschnitten, wurde auf Sprechchöre sofort aggressiv reagiert.


Autonome in der Gewaltfreiheitsfalle?

Überall an der restlichen Strecke turnten derweil Tausende durch den Wald. Bereits in der Nacht wurden die Bullen an zwei Stellen massiv angegriffen worden. Auch am Tag liefen ab und an kleine Nerv-Angriffe auf die Bullen oder es wurden Strohballen am Rand entzündet. Als der Transport fuhr, gab es bei Quickborn Auseinandersetzungen zwischen einem massiven Bullenaufgebot und ca. 1000 Leuten. Zwischen Quickborn und Grippel wurde der Konvoi mehrmals aus dem Wald heraus mit Leuchtspur, Farbeiern und so weiter angegriffen und sogar eine kleine Barrikade konnte an einer Stelle errichtet werden. Bei einem der Angriffe zog mindestens ein Bulle seine Knarre ohne jedoch weiter damit herumzuhantieren. Trotz der auf die Straße fliegenden Sachen ist der Transport meist einfach zwischendurchgeheitzt. Bei Grippel gab es nochmal Auseinandersetzungen mit den Bullen und einem Demonstranten gelang es, auf den Castor zu hüpfen. Auf dem Weg nach Gorleben wurde noch eine Sitzblockade und ein 6 Tonnen Klotz aus dem Weg geräumt und danach war Ruhe. Erschöpft ging es für die meisten nach Hause. Pizza essen und Nachrichten gucken.

Einige Einschätzungen
Es liefen dieses mal wesentlich mehr Aktionen gegen den Transport. Sowohl Militante wie auch Gewaltfreie. Bei mindestens ein, zwei Aktionen wurden dabei DemonstrantInnen gefährdet oder gar verletzt. Das war Scheiße, und alle sollten ihren Teil dazutun, daß dies in Zukunft möglichst ausgeschlossen ist. Wir müssen immer wieder zielsicheres militantes Verhalten von allen Beteiligten einfordern und im Vorfeld und z.B. auf den Camps thematisieren. Versuchen eine Stimmung zu schaffen, die nicht von Mackeraktionen und Einzelgängertum bestimmt ist. Ganz auszuschließen werden unsinnige Aktionen bei Massenmilitanz vermutlich jedoch nie sein, und wir sollten wenige Scheiß-Aktionen nicht zum Maßstab unserer gesamten Bewertung machen. Oft haben wir auf solche Aktionen, erstmal sowieso keinen Einfluß, da sie nicht von "unseren" Reihen ausgehen, sondern Prolos, besoffene oder Zivi-Bullen loslegen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung kann nur bei einer langfristigen Diskussion und Praxis erreicht werden. Auch deshalb ist es immer wieder wichtig, militantes Vorgehen zu planen und entwikkeln. Erfahrungen zu sammeln und weiterzuvermitteln. Dennoch sei hier nochmal darauf hingewiesen, nur weil welche militant agieren, müssen diese noch lange keine GenossInnen sein. Eine Idealisierung von StraßenkämpferInnen ist genauso falsch wie deren Verteufelung.

Das Konzept, die Straßen wegzubuddeln war eigentlich ganz gut. Allerdings hatten die Bullen auch geschickt agiert. Durch die Aufgabe der Südroute konnten sie ihre Kräfte auf die Nordroute bündeln und meist selbst größere Angriffe nach kurzer Zeit abwehren. Ein weiteres Untertunneln war nicht mehr möglich. Allerdings war spätestens ab Dienstag auch klar, daß der Transport notfalls auch über angelieferte Pontons fahren würde. Dennoch hätte es die Bullen sicherlich vor größere Probleme gestellt, mit ihren Pontons zu hantieren. "Sicher" sieht so ein Transport über Behelfswege bestimmt nicht aus. Zu diesem Zeitpunkt hätten wir mehr versuchen sollen, die Bullen mit permanenten militanten Angriffen durch Klein- und Großgruppen zu überfordern. Doch obwohl Tausende in den Wäldern umherstreiften, mensch kam sich zeitweise vor wie in der FußgängerInnenzone, entwickelte sich nur selten die Dynamik eines Angriffs. Da hätte bei einer größeren Klarheit viel mehr laufen können. Die Bullen hätten oft weggehauen werden können, wenn wir nur Entschlossener gewesen wären.
Viele jüngere Leute traten militanter auf, als sie es denn tatsächlich waren, so daß manchmal mehr gepost als gehandelt wurde. Da sollten einige mal ihr Männerverhalten kritisch hinterfragen. Militantes Agieren wird nur gemeinsam, kollektiv und auch mit dem Thematisieren von eigenen Ängsten möglich. Mackrig rumtönen hilft uns nicht weiter. Im Gegenteil, das macht miese Stimmung und hält viele Leute zurecht von Aktionen ab, weil sie den Posern nicht trauen. Und tatsächlich waren die radikalsten Sprüche oft aus der vorletzten Reihe zu hören. Andererseits gab es aber auch viele Leute, die immer wieder abwiegelten und bestimmt viele Leute verunsichert haben. Ist ein militantes Agieren jetzt richtig oder eine doofe Aktion.
Eine Stimmung machte sich breit, daß vor lauter AbwieglerInnen kaum noch was lief, obwohl der Hass auf die Bullen immer mehr wurde. Fast schon Ohnmacht machte sich breit. Zum Glück liefen dann doch noch, trotz AbwieglerInnen einige gelungene Aktionen.

Auch wenn wir nächstes mal einige Sachen besser machen sollten, positiv aufgefallen ist:
-Das Stoppen des Castors bei Hitzacker [redacted], die mehrstündige Verspätung und vielen kleinen Nervereien auf den Schienen an der gesamten Strecke
-Die Zerstörung der Südroute und die Treckerblockade
-Die teilweise Zerstörung der Nordroute und die gelaufenen Angriffe auf deren BewacherInnen
-Die Aktion der vier Seil-ArtistInnen am Verladekran
-Die Angriffe auf den Castor-Transport zwischen Quickborn, Langendorf und Grippel.
-Kleinere Sitzblockaden auf der Strecke oder ähnliches

Die X-tausendmal-Quer-Blockade fehlt bei dieser Aufzählung, obwohl sowohl Teile der BI als auch die OrganisatorInnen sich diese als Erfolg verbuchen. Die BI addiert die Dauer der Räumung zur Fahrzeit dazu und meint so feststellen zu können, der Transport habe länger als sonst gedauert. Real wurde die gesamte Strecke außer vorm Verladekran, allerdings schon seit Montag aus Angst vor weiteren Bauarbeiten,

durch ein Großaufgebot der Polizei besetzt und "geräumt". Vorm Verladekran zu Räumen bevor der Castor losfahren soll, dafür bestand kein Anlaß mehr. Nirgends war die Straße vor Schäden so sicher, wie dort, wo sich dogmatische Gewaltfreie gegen jeden anderen Widerstandsversuch als ihren lautstark beschwerten. Die Bullen konnten zusammen mit Demonstranten Goodwill demonstrieren. Als der Transport dann los sollte, wurden die restlichen Leute dann weggehauen. Die Show war vorbei. Real hat X-tausendmal Quer den Bullen mehr genutzt als geschadet. Die Spaltung in friedliche Demonstranten und Chaoten wurde von X-tausendmal Quer vorweggenommen und immer wieder bestätigt. Die Bullen konnten sich als Mensch in Uniform etablieren. Die gesetzliche Verpflichtung zum Schädeleinschlagen wurde immer wieder zur Entgleisung Einzelner umgedeutet. Verletzte wurden von vielen Gewaltfreien in die Erfolgsbilanz gerechnet. Einzelne verkündeten gar Sprüche im Sinn von, wenn ein Demonstrant draufgeht kommt kein Castor mehr. Von etwaigen Militanten distanzierte sich X 1000mal-Quer schon im Vorfeld. Jochen Stay, der auch im Lauti saß, hatte bereits Wochen vor dem Transport geschrieben: "Autonome spalten die Bewegung", der Widerstand im Wendland sei "friedlich". Damit schob er schon im Vorfeld den Autonomen eine SpalterInnenrolle zu, die praktisch nur die X-tausendmal Quer Leute vollzogen. Von vorneherein war X-tausendmal Quer im Gegensatz zu anderen Aktionen dogmatisch Gewaltfrei angesetzt. Andere Aktionen als dasitzen sollten nicht stattfinden. Dies wurde von allen auch erstmal so aktzeptiert. Die X-Quer Combo "putschte" sich trotz Einsprüchen von anderen Gruppen vor den Verladekran. Es geht nicht an, daß sich vorm publicityträchtigen Verladekran, eine Gruppe mit einem ausschließenden Konzept inszeniert und andere des Platzes verweist. Trotzdem verhielten sich Autonome und andere Gruppen dazu erstmal solidarisch und achteten dieses Konzept als eines von vielen im Widerstand. "X-tausendmal Quer" arbeitete jedoch gegen jede andere Form militanten Widerstands, nicht nur am Verladekran sondern an der gesamten Strecke. Militante wurden als Chaoten, denen es nicht ums Atom geht, denunziert. Eine Stimmung wurde geschaffen, die unterstützte, daß SPD-Fahradkuriere für die Bullen arbeiteten und abwiegelten und selbst im letzten Waldstück einem noch Leute in den Arm fielen und Aktionen verhindern wollten.

X-tausendmal Quer hat Politik betrieben. Sie haben einen ideologisch gefüllten "Gewaltfreiheitsbegriff" zum Dogma aufgeschwungen, den Medien, Bullen und reaktionäre WendländerInnen gerne aufgenommen und weiterbestimmt haben. Der Irrglaube wurde verbreitet, daß es den Bullen schwerer falle mit gewaltfreiem als mit militantem Widerstand fertig zu werden. Nicht zu Provozieren und brav Dresche beziehen war zur Devise geworden. Mit Sprüchen wie "Das deutsche Volk ist wehrhaft" wurde aus dem Lauti Schützenhilfe für die Malträtierten geliefert, die sich das auch noch gefallen ließen. Wo waren überhaupt noch linke politische Inhalte? Die Bullen sind also im großen und ganzen nett, Chaoten böse, das Volk wehrhaft und jede andere Parole als "Keine Gewalt" provoziert. Es wurde ein Bild transportiert das vermittelt: "Wenn die Chaoten nix machen, passiert euch auch nichts von Polizisten". Scheibenkleister. Soviele Verletzte wie bei X-1000mal Quer gabs sonst nirgends. Die Gleichung, je übertriebener der Polizeieinsatz, je mehr Verletzte, desto eher kein Castor mehr geht nicht auf. Wenn vermittelt wird, daß eingeschlagene Köpfe in den eigenen Reihen, politische Erfolge wären, dann ist das als Verdummung des Widerstandes zu bewerten. Die Geschichte des Widerstandes zeigt, daß die Stigmatisierung von Widerstand, so friedlich er auch sein mag, zur einer illegalen Handlung, die Gewalt der Bullen schon immer in der Öffentlichkeit gerechtfertigt hat. Politik findet nicht in Märtyrerinszenierungen statt, sondern in der Thematisierung gesellschaftlicher Mißstände und dem Widerstand gegen diese. "X-1000mal Quer" war für die Atomindustrie so "gefährlich" wie die niedersächsische Landesregierung. Die Bullen und die Atomlobby hatten keinen Grund sich zu ängstigen. Alles war abgesprochen. Wir sitzen hier `ne Weile für die Presse und ihr räumt uns dann friedlich ab. Dafür sorgen wir, daß es keine häßlichen Bilder am Verladekran gibt und distanzieren uns von GewalttäterInnen. Etwas besseres hätte den Bullen nicht passieren können. Gäbe es x-Quer nicht, die Bullen hätten sie erfinden müssen. Bisher dachte ich immer das Graswurzelspektrum wäre eine linke undogmatische Bewegung. Mit Gewaltfreiheit im diesem Sinne, konnte ich, obwohl es nicht mein Ding war, schon immer was anfangen. Auch viele Autonome haben sich bei den letzten Transporten und sogar bei diesem hingesetzt. Wenn aber das, was X-1000mal Quer praktiziert hat, Graswurzellinie ist, dann hat sich diese Bewegung vom Widerstand verabschiedet und

bewegt sich zum Helfer der Inszenierung eines konservativen Gewaltmonopolbegriffes. Das Graswurzelspektrum sollte X-1000mal Quer als völlig danebengegangen bewerten. Politische Zusammenarbeit ist nur dort möglich, wo ein solidarisches Verhältnis herrscht. Dieses wird zunehmend von bestimmten Gewaltfreien entzogen, und militante Gruppen werden zum Feind des Widerstandes stilisiert. Spätestens wo mit Bullen in dieser Form zusammengearbeitet wird, hört mein positiver Bezug auf.

Der Widerstand gegen Castor sollte sich überlegen, ob ihm Gruppen, die sich im wahrsten Sinne des Wortes, an die Spitze des Widerstandes setzen wollen, gut tun. Ob es Leute braucht, die sich zu den Sprechern der WendländerInnen aufschwingen, monatelang alle mit Distanzierungen nerven und behaupten, alle wären und wollten wie Sie. Überhaupt! Der Widerstand gegen die Atompolitik ist nicht die Privatangelegenheit der WendländerInnen. Oft wird argumentiert, als wenn wir StadtdemonstrantInnen nur zur Unterstützung der WendländerInnen unterwegs wären. Dem ist nicht so! Radioaktive Strahlung macht vor Länder- und Kreisgrenzen nicht halt. Der Atomstaat herrscht in seinem ganzen staatlichen Wahn in der gesamten BRD. In unseren eigenen Ausgangspunkten unseres Widerstandes verbünden wir uns mit den fortschrittlichen WendländerInnen. Das ist richtig und immer wieder auszuweiten. Allerdings macht die Herkunft "Wendland" allein noch keineN AtomkraftgegnerIn. AbwieglerInnen aus dem Wendland, die Bullenarbeit machen, sind nicht unsere BündnispartnerInnen sondern politische GegnerInnen.
Wir Militanten sollten uns gut überlegen, wie wir uns in Zukunft z.B. zu "X-1000mal Quer" verhalten. Noch wichtiger wird dies, für jene Gewaltfreie sein, deren gewaltfreier Widerstand weiterhin phantasievoll, unberechenbar und effektiv sein soll. Die nicht von Distanzierung zu Kamera hecheln und damit Gewaltfreiheit zum

Synonym für Entpolitisierung und grüne WählerInnenschaft machen. Die Spaltung verläuft nicht zwischen gewaltfrei oder militant, WendländerIn oder Autonome oder sonstwie. Der Wiederspruch tut sich da auf, wo Leute anfangen, eine Entpolitisierung der Bewegung vorwärtszutreiben. Auf Bürgermasse statt Inhalte setzen. Auf Entwaffnung der Bewegung setzen und die Geschichte, durch Gefasel über den gewaltfreien historischen Konsens im Wendland verfälschen. So wie es im Wendland Militante gibt, gab es auch schon immer militanten Widerstand.
Diesen gilt es weiterzuentwickeln. Für uns als Autonome, als einen Punkt unserer Kämpfe gegen jede Form von Herrschaft. Die Tage im Wendland hatten viele positive Aktions-Ansätze. Machen wir mehr draus und verhindern wir Sachen, die Scheiße gelaufen sind. Eine weitergehende politische Bewertung des Anti-Castor-Widerstandes wird dazu noch notwendig sein.
An dieser Stelle nochmal ganz viel Dank an die Leute, die mit viel Arbeit eine gute Infrastruktur geschaffen haben. Das war ziemlich toll.



30000 Bullen und mehr als 20000 AtomkraftgegnerInnen kämpften 3 Tage um den Ausstieg aus dem deutschen Atomprogramm.

War das der letzte Sieg der Atommafia im Wendland?

Allen Beteiligten war klar, hier im Wendland geht es nicht nur um die 6 Castorbehählter in das Zwischenlager Gorleben, hier geht es um die Zukunft der deutschen Atomwirtschaft.
Dies hatten sowohl die Bundesminister Kanther und Merkel wie auch die Bürgerinitiative im Vorfeld betont.
Die deutsche Atomindustrie und die Bonner Bundesregierung und ihrem Schlepptau die SPD-Landesregierung in Hannover suchten mit dem größten Polizeiaufgebot in der deutschen Nachkriegsgeschichte und eines Kriegsaufmarsch sondersgleichen die offene Konfrontation mit der Bevölkerung, die mehrheitlich atomkraftkritisch eingestellt ist.
Innenminister Kanther hatte in einer Bundestagsrede allen klar gemacht, *wer* hier in der BRD der Staat ist und auf wessen Seite sich die Staatsmacht stellt. Weder Gemeindeverwaltungen noch Kreistage haben in Deutschland was zu sagen, wenn es um „übergeordnete“ Interessen geht. Die große Koalition aus CDU und SPD fördert massiv seit 3 Jahrzehnten politisch und ökonomisch die Interessen der deutschen Atomindustrie und andererseits will sich die Staatsmacht mit den Atomkraftwerken die Option auf deutsche Atomwaffen offen halten. Dafür braucht sie die technische und logistische Hilfe des Siemens-Konzerns, so z.B. beim neuen Uranforschungsreaktor in Garching.
Dementsprechend hoch war der Einsatz auf beiden Seiten.
So einig letztendlich im Kern SPD und CDU in der Frage der Atompolitik sind, so uneins präsentierte sich der Widerstand. In den letzten Monaten war immer deutlicher geworden, das von einem einheitlich vorgehenden Widerstand nicht die Rede sein kann. Zu sehr hatten besonders im Wendland immer wieder Distanzierungen der „Gewaltfreien“ von den militanten Autonomen im Zusammenhang mit den Wurfankeranschlägen auf die Deutsche Bahn die Diskussion bestimmt.
Mindestens vier Fraktionen bestimmten denn auch die Tage des Castortransports nach Gorleben. Zum einen die Bürgerinitiativen Lüchow-Dannenberg, dann die bäuerliche Notgemeinschaft, dann die Initiative „X mal 1ooo quer“ und schließlich die militanten AtomkraftgegnerInnen.
Während der Aktionstage kam es glücklicherweise zu keinen öffentlichen Auseinandersetzungen, obwohl die Medien in ihren Kommentaren permanent versuchten, den Widerstand zwischen den guten friedlichen Sitzblockierern und den bösen militanten Chaoten zu spalten. Bis auf einige körperliche Übergriffe der „Gewaltfreien“ (!) gegen AkW-GegnerInnen, die sich den Bullen auch nur in Weg stellten oder Farbeier an der falschen Stelle warfen, oder die Bullen als Schweine beschimpften, verliefen die Auseinandersetzungen untereinander zumeist glimpflich.

Nach der Stunkpaprade am Sonntag, an der mehr als 500 Traktoren teilnahmen, setzte die bäuerliche Notgemeinschaft ihre seit Monaten vorbereitete Absperrung der Südroute bei Splietau in die Tat um. Ca. 70 Traktoren bildeten für die Bullen eine nicht mehr wegzuräumende Straßensperre. Schon in den früheren Abendstunden begannen dann AkW-Gegnerinnen zwischen den Traktoren die Straße zu unterhöhlen, wobei lange Debatten die nächtliche Wühlerei begleiteten, ob das nicht „viel zu früh“ sei. Bei den Bullen herrschte am Montagmorgen ziemliches Durcheinander, die Südroute war stillgelegt und vor dem Camp Klein Gusborn waren weitere heftige Straßensperren und Tunnel geschaufelt worden. Viele dachten sich, nun geht nix mehr, die Bullen ließen das auch im Verlaufe des Montags durchblicken. Innenminister und Feldherr Glogowski war abends im Fernsehen froh, die Nordroute „gehalten zu haben“.
Angesichts dieses großartigen Erfolges vergaßen aber die meisten die Nordroute. Noch am Montagmorgen wäre wohl eine ähnliche Aktion wie in Splietau mit weiteren Traktoren und hunderten von Schaufeln möglich gewesen. Aber wir ließen die Zeit verstreichen und konnten die Verwirrung bei den Bullen für uns nicht weiter ausnutzen. Im Nachhinein war das der größte Fehler auf unserer Seite!
In der Nacht zum Dienstag machten die Bullen die Nordroute dicht, besetzten regelrecht mit 13ooo Bullen, Wasserwerfern, Räumpanzern die 20 km lange Strecke nach Gorleben. Vor dem Verladekrahn hatten sich mehr als 5000 gewaltfreie AkW-GegnerInnen auf die erste Nacht der Sitzblockade eingerichtet und wir militanten AtomkraftgegnerInnen beschäftigten das Bullenheer durch beständige kleine und größere Attacken und Versuche, auch diese Castorroute zu unterbuddeln. An vereinzelten Stellen wurden auch Barrikaden und Tunnel gebaut, doch die Bullenpräsenz wurde immer dichter. Letztendlich bestand die objektive Funktion der Militanten darin, einen Großteil der im Wendland eingesetzten Bullen auf der Nordroute festzunageln. Als die Bullen in der Nacht zum Mittwoch begannen die Sitzblockade vor dem Verladekrahn zu räumen, waren unsere Versuche, zusammen mit einigen Traktoren eine Barrikade im Wald vor Quickborn zu errichten, trotz entschlossener Beteiligung von über 500 Militanten ein vergebliches Unterfangen.

Am Mittwochmorgen nach durchkämpfter Nacht beobachteten wir dann die Räumung der Sitzblockade. Viele waren von dem Beharrungsvermögen, dem Mut, der Geschlossenheit und dem Zusammenhalt der 5000 tief beeindruckt. Für uns war es allerdings schon reichlich befremdlich, daß selbst Beschimpfungen der Bullen während ihrer Knüppelorgien oder gar Farbeier auf die Windschutzscheiben der Wasserwerfer von dem Blockierern zumeist mit Mißfallen kommentiert wurden. Und dennoch, die Gewaltfreien haben es geschafft, den Castor 10 Stunden aufzuhalten. Aber, als der Bulleneinsatzleitung in den frühen Morgenstunden der Geduldsfaden rieß, war nichts mehr mit Blumen und friedlichem Dialog mit den 'soften' Bullen und die Polizeiführung griff zu der uns bekannten rüden Gangart und schickte die Berliner Bullen vor, die mit massivem Wasserwerfereinsatz und Knüppelorgien die Blockade binnen einer Stunde wegräumte.
Im Laufe des Mittwochs kam es dann auf der Strecke vor Quickborn zu der in der Presse hochgejubelten „Feldschlacht" zwischen 2000 Militanten und den Bullen. Von Schlacht konnte in dem Fall keine Rede sein, aber es war schon beeindruckend mit welcher Entschlossenheit der Aussichtsturm zur Straße geschleppt wurde und es gelang, Barrikaden auf der Nordroute trotz der Bullenübermacht zu bauen. - Danach wars dann gelaufen, obwohl der Castor noch an anderen Stellen kurzzeitig blockiert oder angegriffen wurde und einige Farbeier abbekam. Nach nur 3 Stunden Fahrzeit war er im Zwischenlager.

Trotz der einleitend dargestellten Fraktionierung des Widerstands klappte das Zusammenspiel und die (gewollte oder ungewollte) Arbeitsteilung auch diesmal. Mit etwas mehr Glück und Geschick hätten es die 20000 AtomkraftgegnerInnen fast geschafft. Was jetzt allerdings überhaupt nicht angesagt wäre, ist die von den Massenmedien und der Politik überaus deutliche Spaltungsversuche selbst noch durch nachträgliche Distanzierung zu vertiefen. Politisch völlig eindeutig ist, die Gewalt geht und ging von der Obrigkeit in Bonn und Hannover aus. Daher ist es besonders abwegig, wenn einige Gurus der Gewaltfreien meinen für den gesamten Widerstand zu bestimmen, wo die 'Gewalt' des AkW-Widerstands anfängt. Wenn schon das Unterhöhlen einer Straße dazugehört, wie aus dem Lautsprecherwagen in Splietau zu hören war, dann gute Nacht. Die Stärke des Widerstandes ist und bleibt seine Unberechenbarkeit, sein Zusammenspiel von gewaltfreien und militanten Aktionen. Allein hätten beide Taktiken keine Chance auf Erfolg. Nur *gemeinsam sind wir unausstehlich* und das sollten sich auch die SprecherInnen der BI Lüchow-Dannenberg hinter die Ohren schreiben!

Im Gegensatz zum letzten Jahr war aber bei uns das Gefühl ziemlich weg, wir leisten an getrennten Orten mit unterschiedlichen Mitteln *gemeinsam* Widerstand. Dafür waren die Abgrenzungen im Vorfeld und das spalterische Medientrommelfeuer zu deutlich. Wir sind aber auch mit unseren Formen der Massenmilitanz an Grenzen gestoßen, eine weitere Eskalation würde ins Militärische umkippen. Dahin, wohin uns vielleicht die Bullen haben wollen, weil wir dann für sie wieder berechenbarer wären. Eine erste Schlußfolgerung für uns daraus ist vielleicht, die militanten Aktionen verstärkt ins Vorfeld des eigentlichen Castortransports zu legen, mit massenhaften Kleingruppenaktionen die Bahnstrecke und die Straßen so zu beschädigen, das der Castor nicht mehr ins Wendland fahren kann. - Kritisch anzumerken bleibt auch, daß die Bahnstrecke Lüneburg-Dannenberg reichlich vernachlässigt wurde. Auf der Streckenlänge von 5o km wäre mehr drin gewesen, als ein paar Strohballen auf die Gleise und ein, zwei Sitzblockaden. Das haben uns die beiden mutigen Menschen, die sich bei Dahlenburg einbetonierten, vorgemacht: Mit mehr List und Phantasie und in mehr kleinere aktionsfähige Gruppen aufgeteilt, hätten wir wesentlich mehr die Bahngleise beschädigen können.

Die Kämpfe im Wendland haben bei allen lokalpolitischen Streitereien um das richtige Widerstandkonzept eine höchstwichtige gesamtstaatliche Dimension: Die seit Monaten laufenden Geheimgespräche um einen neuen 'Energiekonsens' zwischen SPD und CDU wurden auf andere Art im Wendland fortgesetzt. Die SPD strebt eine langfristige Sicherung von Kohle und Atomenergie an und hat als Faustpfand das Zwischenlager Gorleben. So aberwitzig es klingen mag, die SPD versucht für ihre eigene miese Energiepolitik den wendländischen Widerstand zu instrumentalisieren. Wenn die CDU nicht spurt kann Ministerpräsident Schröder 'sein widerspenstiges Völkchen' im Wendland als Joker ziehen, dann ist eben die „Entsorgungsfrage" für den Atommüll wieder offen, weil politisch nicht durchsetzbar.
Das Wendland ist zum Focus des Anti-AkW-Widerstandes geworden. Das hat zu allererst die Atommafia in den Regierungspalästen und den Konzernzentralen begriffen, deshalb die 30000 Bullen und deshalb koste es was es wolle. Es gibt tausende, zehntausende AtomkraftgegnerInnen in der BRD, die bereit sind, sehr viel zu riskieren und die mehr als das Zwischenlager Gorleben verhindern wollen, die einfach dieses ganze Scheißsystem ankotzt und die dagegen kämpfen wollen - mit Sitzblockaden, mit Nagelbrettern, mit Wurfankern und Mollis. Das sollten beide Seiten, die Gewaltfreien und wir Militanten endlich begreifen und sich nicht in die ideologischen Schützengräben zurückziehen!. Gegenseitige Kritik ist o.k., aber nicht damit den jeweils Anderen die Legitimität absprechen, denn sonst betreiben wir ungewollt das Spiel der Gegenseite!
10.3.97 Ein paar Autonome aus Berlin



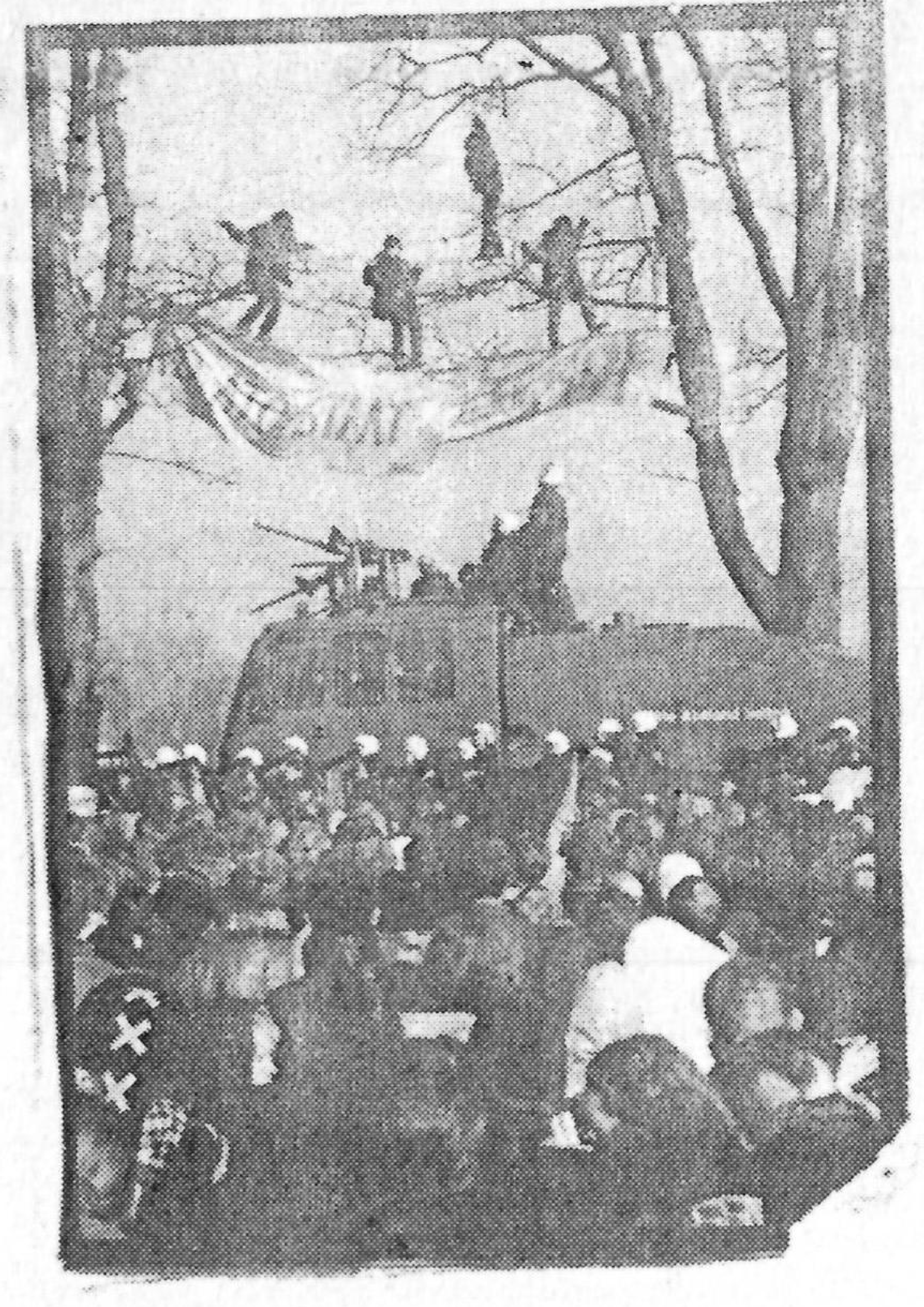


ND ATOMSTAAT












NIX" DER KAMPF
GEHT WEITER

„In Marzahn gibt es keine faschistische Szene und keine rechte Gefahr mehr."

Harald Buttler (PDS), Bezirksbürgermeister Marzahn in einem „JungeWelt" Interview nach dem Naziaufmarsch am 1.Mai 1996 in Marzahn

1992

April: Der Vietnamese Ngyuen Van Tu wurde am hellichten Tage in einer Einkaufspassage erstochen, Passanten liefen ohne einzugreifen vorbei.

1993

21. August: Eine von Antifaschisten organisierte Demonstration wurde von Neonazis provoziert und angegriffen. Auf der Heimfahrt wurden Antifaschisten, die in einem Bus saßen, mit Steinen attackiert.

9. November: Marzahner Jugendliche verbreiteten antisemitische Witze im Internet; diese beteiligten sich auch an Überfällen auf Antifas.

16. November: Neonazis meldeten eine Kundgebung am S-Bhf.Springpfuhl an, diese wurde durch die Präsens von 300 Antifas verhindert. Am Rande kam es zur Auseinandersetzung mit etwa 15 FAP'lerInnen. Die Polizei nahm darauf wahllos Antifaschist-Innen fest, und gab den Neonazis die Möglichkeit diese abzufotografieren.

9. November: Unbekannte zündeten den vor der Haustür abgestellten Elektrorollstuhl eines Farbigen an. Ende Dezember wiederholte sich dieser Vorfall.

1994

20. April: Im Verlauf dieses Abends kam es zu mehreren Überfällen auf MigrantInnen und Antifas z.B.:
- Am S-Bhf.Kaulsdorf wurde ein Portugiesischer Bauarbeiter von organisierten Nazis ausgeraubt und krankenhausreif geschlagen.
- Im Laufe des Abends kam es zu mehreren Überfällen auf VietnamesInnen.
- Ein Punk wurde zwischen den S-Bahnhöfen Marzahn und Ahrensfelde zweimal zusammengeschlagen.

Sommerferien
Fast täglich kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechten Jugendlichen

Dezember
- Eine Kreuzberger Schulklasse wurde in der Marzahner Promenade von Neonazis angepöbelt, als diese sich verteidigen wollten, wurden sie von der Polizei festgenommen.
- Auf dem Weihnachtsmarkt in Marzahn trieben sich fast täglich bis zu hundert Nazis rum. Am 10.12 kam es zu einer antifaschistischen Gegenmobilisierung, bei der es zu Auseinandersetzungen mit Neonazis kam und diese erfolgreich vertrieben werden konnten. Danach wurden einige Antifas festgenommen.

1995

Anfang April: 10 vermummte FAP'ler überfielen sechs linke Jugendliche. Zwei Nazis mußten mit Messerstichen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Dies war der Höhepunkt einer Serie von Überfällen durch Faschisten auf Linke und ihre Clubs.

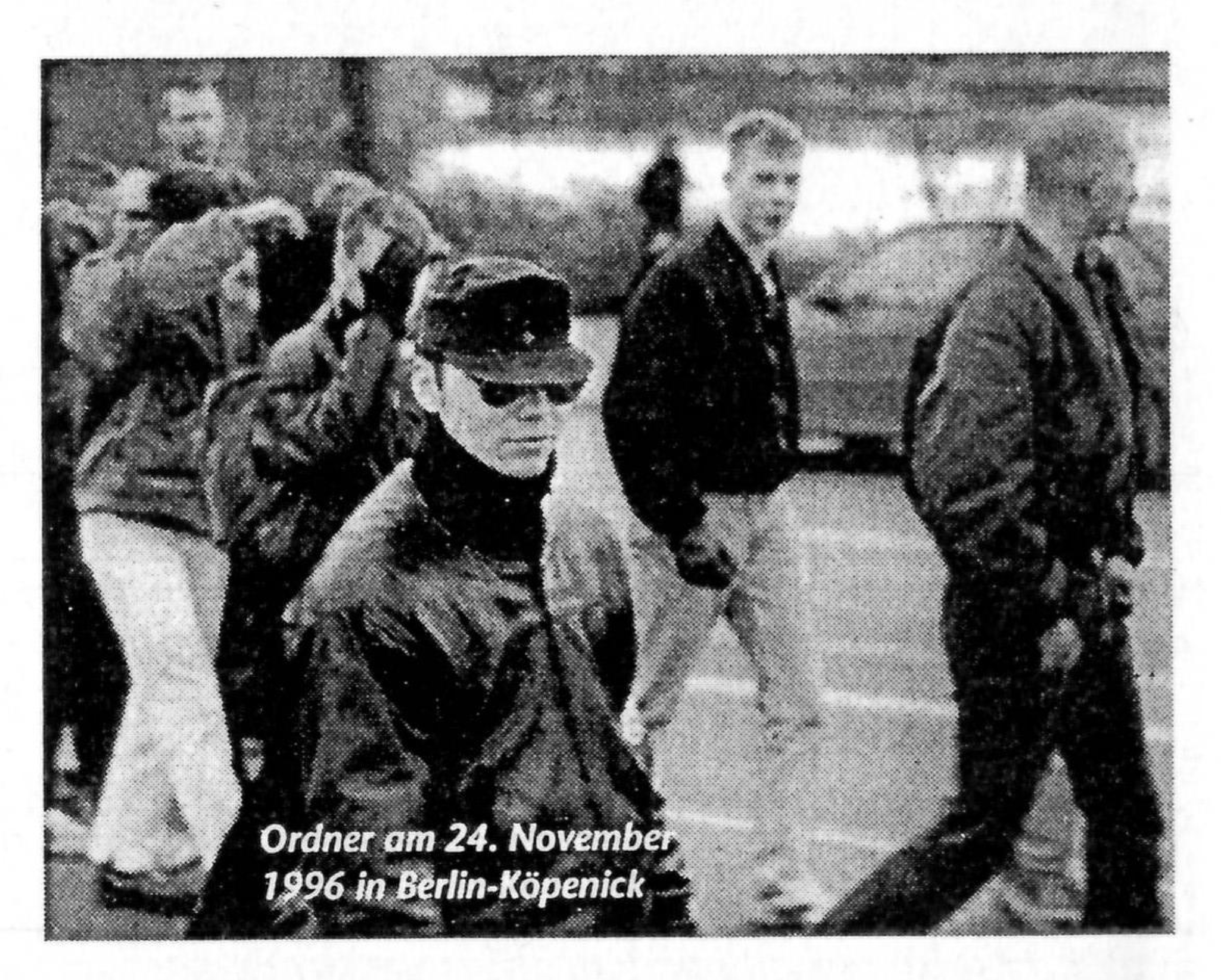
1. Mai: Die Nationalen e.V. melden am S-Bhf.Marzahn eine Demonstration an, diese wurde von der Polizei verboten, daraufhin sammelten sich ca. 35 Faschisten am S+U Bhf.Wuhletal.

24. Juni: Nach einer Antifademo in Marzahn wurden linke Jugendliche überfallen und zusammengeschlagen.

1996

April: In Marzahn und Hellersdorf tauchten zahllose Plakate der NPD/JN mit dem Slogen "Gegen System und Kapital-unser Kampf ist national" auf, dieser stand auch am 1.Mai auf dem Leittrans-parent des Faschoaufmarsches.
- Eine Gedenktafel für den jüdischen Komponisten Felix Mendelsohn Bartholdy an der Mahlsdorfer Landvogtstraße (Hellersdorf) wurde gewaltsam entfernt.
- Zwei Zeitungsverkäufer („Berliner Linke") werden von unbekannt gebliebenen Rechten beschimpft und verprügelt

1. Mai: Durch bundesweite Mobilisierung der NPD/JN marschierten 300 Neonazis durch Marzahn, organisiert wurde dieses durch die Kameradschaften Marzahn und Hellersdorf, angemeldet durch Andreas Storr. Als Schleuspunkt wurde dabei der S-Bhf. Kausdorf in Hellersdorf benutzt. Kurz danach bedankte sich die Kameradschaft Marzahn beim Bürgermeister Buttler, dafür das er es ermöglichte, daß der Aufmarsch durchgeführt werden konnte.


Ordner am 24. November 1996 in Berlin-Köpenick

4. Juni: Für die Nationale Alternative (NA) meldete Oliver Schweigert eine Demo vom S-Bhf.Springpfuhl zum Helene-Weigel-Platz an, um eine bereits angekündigte Kundgebung des Bundes der Antifaschisten zu provozieren. Diese sagten daraufhin die geplante Kundgebung ab, die PDS meldete für den selben Zeitraum eine an, die auch stattfand. Die Nationalen führten

„Das waren doch nicht explizit unsere Nazis gewesen, sondern die aus München."

Norbert Helm (Bündnis90/Grüne), Abgeordneter in Marzahn in einem „JungeWelt" Interwiev über den Naziaufmarsch am 1.Mai 1996 in Berlin-Marzahn

ihre Demo nicht durch. Einige Faschisten wollten die Kundgebung beobachten, konnten aber daran gehindert werden.

itte Juli bis Anfang August: Die JN veranstaltete Nationale Kampfwochen in Hellersdorf und Marzahn. Dort tauchten vermehrt Plakate und vor allem Spuckis von Ihnen auf. Am S-Bhf. Marzahn und am U-Bhf. Kaulsdorf Nord wurde die Berliner Brandenburger Zeitung an Passanten verteilt.

. August: Andreas Storr meldete den „Hess-Gedenkmarsch" in Worms an. Mathias Wiechmann und andere Kameraden aus Marzahn und Hellersdorf wurden auch dort gesehen

ptember: Während des Erntedankfeste in Hellersdorf kam es mehrfach zu Schlägereien zwischen Faschisten und nichtdeutschen Jugendlichen. Am zweiten Tag versuchten rund 50 Faschisten das EmigrantInnenheim in der Lindenstr. am U-Bhf Elsterwerdaer- platz (Marzahn) zu stürmen.

. November: In Köpenick versammelten sich an diesem Tag rund 50 Neonazis zu einem Aufmarsch. Diesen meldete wiederum Andreas Storr an. Als Ordner fungierten, wie am 1.Mai vor allem Mitglieder der Kameradschaften Marzahn und Hellersdorf.

1997

. Januar: Über Nacht wurden in den Briefkasten der Hellersdorfer Lokalredaktion der BerlinerZeitung Handzettel der Kameradschaft Hellersdorf eingeworfen, diese kommentierten z.B. die „Minderheitenpolitik" des derzeitigen Bezirksbürgermeister als überflüßig und kriminalitäts fördernd.

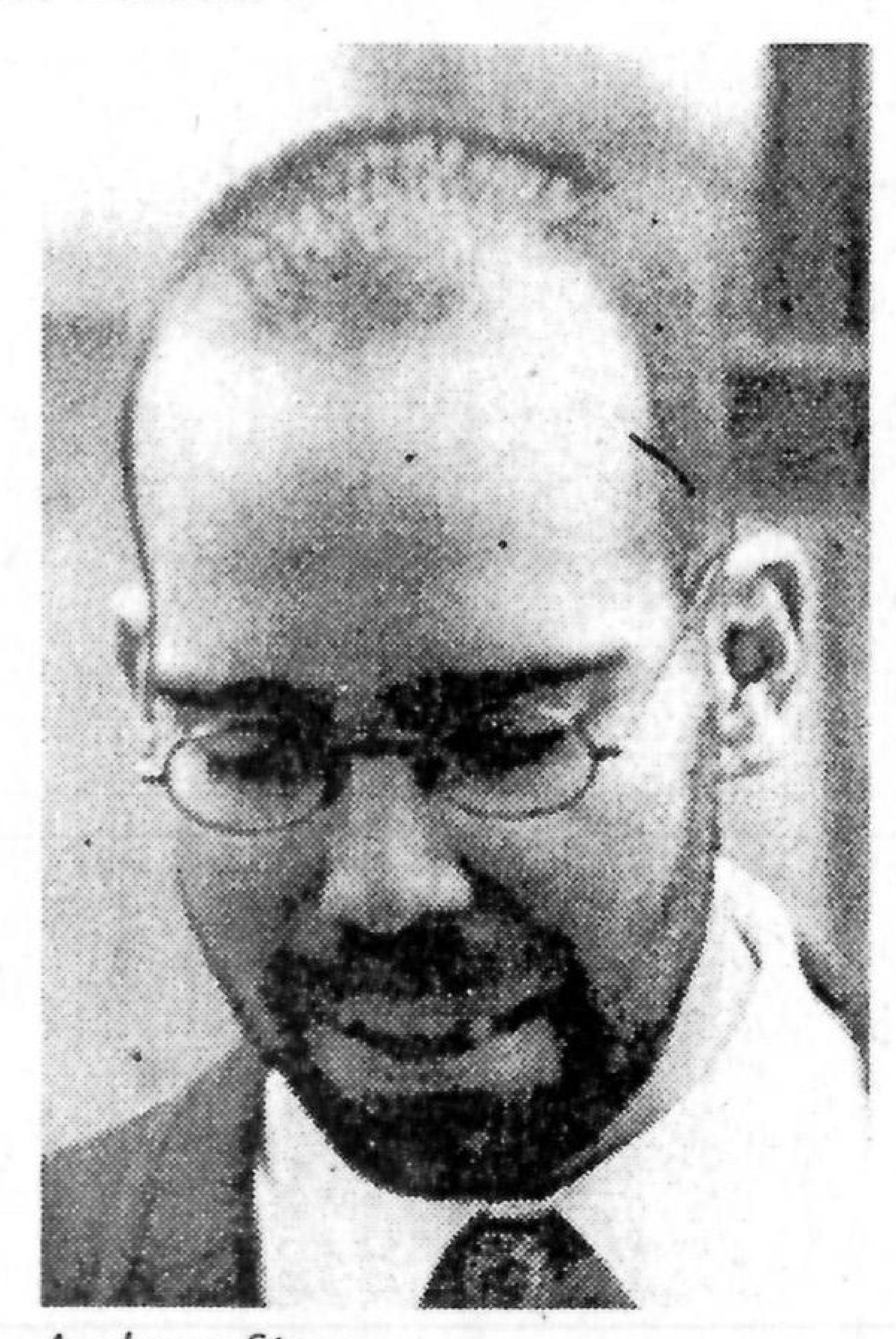
. Februar: Die JN wollten unter der Losung -Arbeit zuerst für Deutsche- vom Bahnhof Wuhletal zum Hellersdorfer Rathaus marschieren. Wiedermal war Andreas Storr der Anmelder. Aufgrund eines breiten Spektrums Antifaschistischer Gegenwehr, welchevon Bürgern, Jugendlichen und Antifas getragen wurde, konnte dieser verhindert werden.

. Februar: Der Linke Buchhändler Klaus Baltruschat wurde von Kay Diesner („Weißer Arischer Widerstand") niedergeschossen.

. Februar: Naziskins schlagen auf einen Rußlanddeutschen mit Baseballschlägern ein, so daß dieser mit Kopfverletzungen ins Krankenhaus muß.

Vor der BVV-Sitzung in der Marzahner Promenade sammeln sich 60 Skins.

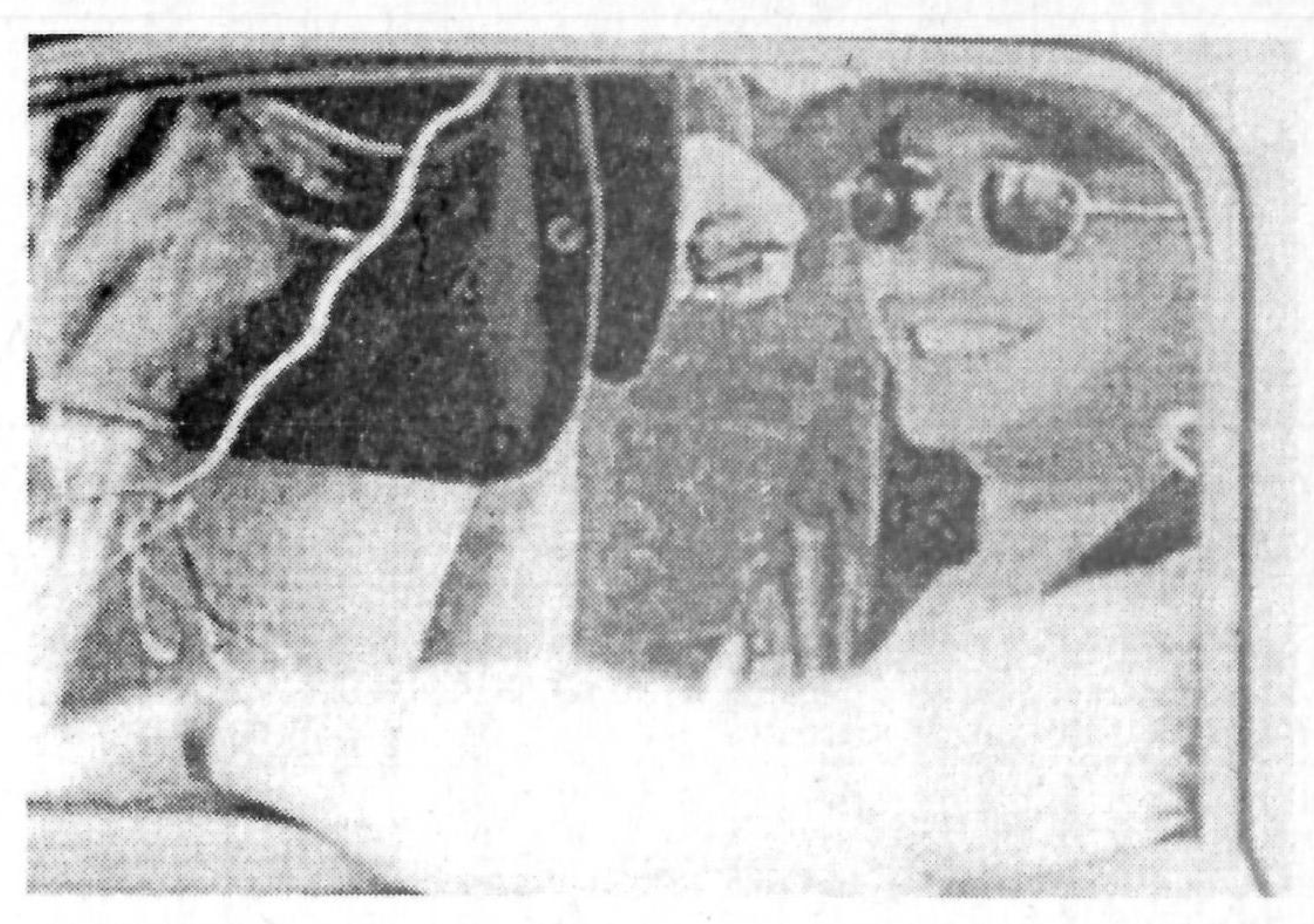
März: Am Schleuspunkt S-Bhf. Marzahn sammelten sich 200 Rechtsradikale um zu einem Bundesweiten Aufmarsch nach München zu fahren. Von der Polizei wurden bei Kontrollen Messer, Schlagringe, Holzlatten, 2 Zünder und eine Panzermine sichergestellt.



Andreas Storr

Laut VS wurde die Kameradschaft Marzahn von Andreas Storr aufgebaut, ihr sollen ungefähr 25 Personen angehören.

Andreas Storr ist unter anderem stellv. Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten und Autor der "Berliner Brandenburger Zeitung " der Nationalen und der Zeitung "Einheit und Kampf" der JN, weiterhin ist er Mitglied des Nationaldemokratischen Hochschulbundes. In letzter Zeit treibt er sich viel auf Nazikonzerten rum, versucht dort Nachwuchs für seine Partei zu werben und Nazibands an sich zu binden, indem er ihnen Proberäume in NPD/JN Schulungszentren anbietet. Seine Meldeadresse ist in Marzahn, in der Grumsinerstr.6, in welcher am 1.Mai 96 auch die Kontakttelefonnummer für den Aufmarsch war. Diese war auf Andreas Grimm angemeldet.



Mathias Wichmann

Sehr aktiv zeigte sich in letzter Zeit auch Mathias Wiechmann. M. W. ist seit ungefähr 1990 Mitglied der NPD/JN. Zu dieser Zeit wohnte er noch in Berlin-Marzahn. Zwischenzeitlich wohnte er im Nöldnerkiez in der Nähe der Pfarrstr. in Lichtenberg. Er beteiligte sich im Juli 1995 in einem Schulungszentrum bei Suhlingen in Niedersachsen an einem Seminar der JN, zu dem Holger Apfel, Bundesvorsitzender der JN, geladen hatte. Am 1.Mai 1996 organisierte er den JN-Aufmarsch in Berlin-Marzahn mit. Er fungierte dort, genauso wie am 24.11.96 in Köpenick, als Fahrer des zum Lautsprecherwagens umgebauten grünen Trabant, mit dem Kennzeichen B-HS 9512, dieser ist auf Andres Storr angemeldet .Weiterhin wurde er bei der 6.Hetendorfer Tagungswoche in der Lüneburger Heide gesichtet. Dort haben sich wie jedes Jahr viele Nazis aus bundesweiten Strukturen getroffen. Inzwischen ist er Schatzmeister der NPD/JN BerlinBrandenburg.

Laut VS hat sich die Kameradschaft Hellersdorf aus der FAP gebildet, der harte Kern soll aus rund zehn Personen bestehen.

Dies ist als Information, über die immer aktiver werdende Naziszene in Hellersdorf und Marzahn gedacht, für allene die über die Größe des Faschoaufmarsches am 1.Mai des letzten Jahres überrascht waren. Da wir in diesem ahr keinen Bockauf ähnliche Überaschungen haben, fordern wir Euch hiermit auf, doch mal über den Sinn eines großen Antifablock auf einer revolutionären 1.Maidemo in Kreuzberg/Prenzlauerberg oder sonstwo nachzudenken, wenn gleichzeitig, nur wenige Kilometer entfernt ein Naziaufmarsch stattfindet. Diskutiert darüber und bereitet Euch entsprechend darauf vor!

Wer noch Wissenswertes zu den bereits erwähnten Personen oder Kameradschaften hat, schreibt uns bitte :

Antifa Marzahn/Hellersdorf · c/o AntifaJugendfront
Gneisenaustraße 2A · 10961Berlin

Kein Naziaufmarsch niemalsnicht und nirgendwo!

Aufruf zu den Gegenaktivitäten gegen den Nazi-Aufmarsch am 1. Mai in Leipzig!

Die Bilder von 5000 durch die Münchner Innenstadt ziehenden Nazis sind kaum von den Bildschirmen und aus den Zeitungen verschwunden, da zeichnet sich immer deutlicher schon das nächste Großereignis der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) ab.

Bereits seit Anfang 1997 sind Aufrufe der Jungen Nationaldemokraten bekannt, die zu der Teilnahme an einer bundesweiten Demonstration des „nationalen Spektrums" am 1. Mai in Leipzig auffordern. Am 1.März in München wurde dieser Termin den dort anwesenden neofaschistischen Gegnern der Anti-Wehrmachtsausstellung bekanntgegeben. Mittlerweile mobilisieren alle für die Naziszene relevanten Schaltstellen für diesen Tag. Es werden Mitfahrmöglichkeiten in Bussen angeboten und über regionale Sammlungspunkte der Nazis informiert. Im Internet kursieren bereits Aufrufe. Auf dem Leipziger Arbeitsamt liegen Flugblätter aus, die zur Teilnahme an der „Demonstration des Nationalen Widerstandes" auffordern.

Die Demonstration ist seit dem 28. Februar angemeldet. Der Aufmarsch wird von den Kreisen vorbereitet, die auch bei der Organisation des bisher größten Nazi-Treffens seit den 60er Jahren am 1. März in München federführend waren. Als Treffpunkt wurde der im Leipziger Stadt-Zentrum liegende Wilhelm-Leuschner-Platz ausgewählt.

Die NPD und JN

NPD und JN gelten derzeit als die aktivsten und erfolgreichsten Organisationen im Nazi-Spektrum. Beide fungieren nach den Verboten einiger neofaschistischer Parteien und Organisationen in den letzten Jahren als Auffangbecken für deren ehemalige Mitglieder. Zwar beanspruchte die formelle Jugendorganisation der NPD – die JN – in der jüngsten Vergangenheit eine stärkere Eigenständigkeit gegenüber der Mutterpartei, doch gibt es inhaltlich und organisatorisch immer noch eine Reihe von Überschneidungen. Beide Organisationen postulieren nationalrevolutionäre Positionen, die auf einer rassistischen, völkischen und antisemitischen Ideologie beruhen. Organisatorisch arbeiteten beide Gruppierungen erst jüngst bei den Vorbereitungen der Aufmärsche in Aschaffenburg und München intensiv zusammen.

In Sachsen und speziell im Leipziger Raum verfügen die NPD/JN über ein großes Potential an Mitgliedern und Anhängern. Im Februar dieses Jahres berichtete der sächsische Verfassungsschutz über einen „gewaltigen Zuwachs" auf 300 Mitglieder im Freistaat (bundesweit: 2800). Nach Eigenangaben verfügt die NPD allein in Leipzig über 113 Mitglieder. Außerdem ist der stellvertredente Bundesvorsitzende der NPD, Jürgen Schön, in Leipzig wohnhaft. Als weiteres Beispiel für die hiesige Stärke der Organisationen muß auch der im vorigen Jahr in Leipzig stattgefundene Bundeskongreß der JN bewertet werden. Die Zusammenarbeit von JN, NPD und anderen „nationalen Aktivisten" offenbarte sich in der Messestadt bisher vorallem durch die Organisation und Teilnahme an gemeinsamen Gesprächskreisen und der propagandistischen Offensive der Organisationen in der Kleinstadt Wurzen. Die bundesweit im letzten Jahr bekanntgewordene Nazi-Szene in der nur einige Kilometer entfernten Stadt im Muldentalkreis verfügt über beste Kontakte zu den NPD-Funktionären in der Messestadt. An der geschichtsrevisionistischen Demonstration in München nahmen über 150 Nazis aus dem Raum Leipzig-Wurzen teil, die mit drei Reisebussen in die bayerische Metropole unterwegs waren.

Diese starke regionale Verankerung spricht an sich schon für den gewählten Aufmarschort am 1. Mai. Zumal die Nazis nicht nur in Leipzig, im Muldentalkreis und in Ostsachsen (Bautzen, Zittau etc.), sondern generell in den neuen Bundesländern sehr erfolgreich agieren und besonders in ländlichen Gegenden durch ihre oft jugendliche Klientel eine politische und durch rassistische Überfälle geprägte Hegemonie ausüben.

Symbole und Parolen



Desweiteren ist zu vermuten, daß die Nazis mit ihrer Aktion an den Leipziger Mythos einer „friedlichen Revolution" aus dem Jahre 89 anknüpfen wollen. Der gewählte Auftakttreffpunkt der Nazis, der sich auf dem Leipziger Innenstadtring befindet, auf dem im Wende-Jahr die berühmt-berüchtigten MontagsdemonstrantInnen ihre Kreise zogen, deutet auf ein solches Anknüpfungsverlangen hin.

Nicht ganz unabhängig von jener angestrebten Symbolträchtigkeit bauen die Nazis natürlich gerade im Osten auf den Erfolg ihrer diesjährigen Strategie der verstärkten Thematisierung der sozialen Frage von rechts. Mit ihren Forderungen wie „Arbeit zuerst für Deutsche" oder „Gegen System und Kapital – unser Kampf ist national" nutzen sie – und das nicht erfolglos, wie der Blick auf die Mitgliederzahlen zeigt – die hohe Arbeitslosigkeit und die weit verbreiteten rassistischen Ressentiments für ihren antikapitalistisch verbrähmten, rassistischen Populismus. Genau in diese Strategie ordnet sich der Aufruf für den 1. Mai in Leipzig ein, in dem die „rapide zunehmende soziale Verelendung von Teilen unseres Volkes", welche von den „liberalkapitalistischen Systempateien" verschuldet wäre, als inhaltliche Fixpunkte auftauchen. Zusammen mit den verwendeten Parolen („Leistet Widerstand jetzt", „Kampftag der Arbeit" etc.) zeigt sich auch der seit längeren offensichtliche Versuch der NPD/JN, ehemals per se linke „Floskeln" für ihre Ziele zu vereinnahmen.

Es steht zu vermuten, daß die Nazis mit dieser inhaltlichen Ausrichtung noch mehr Menschen als am 1. März in München mobilisieren können. Es könnte ihnen das erste Mal gelingen, jene Personen, die sich bisher immer noch von äußerlich erkennbaren Neonazis abgrenzten, für einen gemeinsamen Aufmarsch zu begeistern. Wer am 1. Mai unter den NPD/JN-Fahnen marschiert, hat sich entschieden und gehört mit allen Mitteln bekämpft.

Antifa heißt Ausschlafen

Natürlich wollen wir den Naziaufmarsch nicht dulden. Ganz im Gegenteil: Wir wollen die Nazis mit allen Anstrengungen aus der Stadt jagen! Auf die Anhaltspunkte, die auf ein eventuelles Verbot des Aufmarsches deuten, können wir uns auf keinen Fall verlassen. Selbst wenn eine solche Verfügung ergehen würde, hätten die Anmelder immer noch genügend Zeit, eine rechtliche Revision zu erwirken oder auf andere Städte (z.B. in das in einem anderen Bundesland, aber sehr nah an Leipzig gelegene Halle) auszuweichen. Auch darauf sollten wir vorbereitet sein.

Der 1. März in München hat nicht nur gezeigt, über welch ein beachtliches Potential die Nazis trotz der Verbote und Übernahme rechter Politikinhalte in das etablierte Parteienspektrum verfügen. Er hat auch gezeigt, wie den Nazis erfolgreich begegnet werden kann. Ein breites Bündnis antifaschistischer Kräfte besetzte nach teilweise parallelen Demonstrationen den Abschlußkundgebungsort der Nazis und verhinderte wenigstens den symbolträchtigsten Abschnitt ihres Aufmarsches, direkt vor dem Ort der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht". München zeigte aber auch, daß die autonome Antifa alleine eine solche Faschoveranstaltung nicht mehr wirksam behindern kann. In Leipzig wird ein ähnlich breites Bündnis angestrebt, wobei es bekanntlich im Osten sehr viel schwieriger ist ein solches zustande zu bekommen. Auf ein Bündniskonzept zu setzen, heißt aber für uns, trotz der Erfahrung, daß der Naziaufmarsch in München von vielen Antifas nicht genügend ernst genommen wurde, auf die Gegenmobilisierung in autonomen Antifa-Kreisen zu bauen. Wir gehen davon aus, daß nur mit dem Potential, welches bei der antifaschistischen Demonstration in Wurzen im letzten Jahr sichtbar wurde, unser Ziel, die Verhinderung des Aufmarsches erreicht werden kann. Natürlich wissen wir um die „Konkurenzveranstaltungen", den traditionellen Aktivitäten der radikalen Linken am 1. Mai. Wir maßen uns hier nicht an, über die „revolutionären Mai-Demos" urteilen zu wollen. Doch wenn auch diesmal wieder die radikale Linke – und mit ihr maßgebliche Teile der autonomen Antifa – die Nazis weitgehend unbehindert marschieren läßt (wie z.B. in den letzten Jahren in Berlin), könnte es sein, daß sie bald nicht mehr die Möglichkeiten für ihre politischen Intentionen vorfindet.

Wir appellieren hiermit eindringlich an alle Antifas, die Nazi-Aktivitäten an diesem Tag nicht zuzulassen. Beteiligt euch an den geplanten Gegenaktivitäten gegen den Naziaufmarsch in Leipzig.

Als Auftakt der antifaschistischen Aktionen in Leipzig sind bis jetzt geplant:

- **eine Bündnisdemonstration** Treff: **9.00 Uhr, 1.5.1997**, Karl-Liebknecht-Str./Ecke Kurt-Eisner-Str. (im Süden Leipzig)
- **eine Kundgebung** Treffpunkt: **ab 10.00 Uhr** Sachsenplatz (Innenstadt)
- **weitere Aktionen ab 11.00 Uhr** Sachsenplatz

noch LEIPZIG

bündnis gegen rechts
c/o VL, PF 54, 04251 Leipzig
Fax: 0341-9608303, E-mail: BGR@LINK-L.cl.sub.de

Leipzig, den 13.3.1997

Liebe Antifas,
wie ihr sicher schon wißt, plant die JN/NPD am 1. Mai 1997 einen bundesweiten Faschoaufmarsch in Leipzig durchzuführen. Obwohl auch für Berlin ein Fascho-Aufmarsch am gleichen Tag angekündigt wurde, gehen wir davon aus, daß die zentrale Faschokundgebung zum 1.Mai dieses Jahr in Leipzig stattfinden soll.
Leider haben wir erst spät von dem geplanten Aufmarsch erfahren, so daß wenig Zeit für die Mobilisierung von antifaschistischen Gegenaktivitäten bleibt. Gerade deshalb möchten wir Euch bitten, die kurze Zeit noch zu nutzen und möglichst intensiv in Eurer Region zu mobilisieren.
Bei unseren Vorbereitungen versuchen wir, an die Erfahrungen von Aschaffenburg und München anzuknüpfen, d.h. einerseits das traditionelle Antifa-Spektrum zu mobilisieren, weil es Garant für wirksame Aktionen ist, anderseits ein breites Bündnis in Leipzig auf die Beine zu stellen, um mit vielen Leuten gegen die Faschos zu agieren und der Öffentlichkeit deutlich zu zeigen, daß weder die Straße noch der 1. Mai - und schon gar nicht beides zusammen - den Faschos zu überlassen ist.
Es wurden in Leipzig über 80 Organisationen, Parteien, Gewerkschaften und Einzelpersonen angeschrieben und aufgefordert, einen Aufruf gegen den Faschoaufmarsch zu unterschreiben und sich an unseren Vorbereitungstreffen zu beteiligen. Die Resonanz beim ersten Treffen war ziemlich gut. Es wurde geplant, eine gemeinsame antifaschistische Demonstration (die übrigens schon vor der Anmeldung des Fascho-Aufmarsches beim Ordnungsamt Leipzig angemeldet wurde) zu organisieren, die 9.00 Uhr von der Kurt-Eisner-Str. Ecke Karl-Liebknecht-Str. (Leipzig-Süd) über den Wilhelm-Leuchner-Platz (Treffpunkt der Faschos) zum Sachsenplatz (gemeinsame 1. Mai-Kundgebung der PDS und des DGB) führt. Von dort wollen wir mit den TeilnehmerInnen der DGB und PDS-Kundgebung versuchen, den Aufmarsch der Faschos zu verhindern.
Einige lokalen Parteien und Gewerkschaften setzen auf ein behördliches Verbot des Faschoaufmarsches. Auch der Ordnungsamtchef von Leipzig kündigte an, weder "Rechts- noch Linksextremisten" in Leipzig demonstrieren zu lassen, Verbotsverfügungen aber nur kurz vorher zu erlassen, um die juristischen Möglichkeiten dagegen einzuschränken. Auf ein Verbot des Faschoaufmarsches können und wollen wir uns nicht verlassen. Vielmehr bestärkt ein Verbot den Mythos der Faschos von ihrer Verfolgtheit und Systemopposition. Sie würden in einem solchem Falle garantiert auf eine andere Stadt ausweichen, was antifaschistische Aktionen erschweren würde. Den Faschos muß vielmehr in Leipzig gezeigt werden, daß sie hier auf Widerstand von Seiten der Antifas und des bürgerlichen/linksliberalen Spektrums stoßen.
Für den 19. April 1997 haben wir ein bundesweites Antifa-Vorbereitungstreffen geplant. Der genaue Ort steht noch nicht fest, nähere Information erhaltet Ihr in unserem zweiten Rundschreiben, welches wir Mitte April 1996 verschicken werden. Außerdem soll es am Tag vor der Fascho-Demo noch ein Vorbereitungstreffen geben, zu dem Ihr später noch mit genaueren Infos eingeladen werdet. Auf den Vorbereitungstreffen soll es vor allem um die genauere Planung unserer Aktivitäten sowie um die Reaktion auf ein eventuelles Ausweichen der Faschos in eine andere Stadt gehen. Ab Anfang April können über unsere Adresse Flyer und Plakate für die antifaschistischen Gegenaktivitäten bestellt werden.
Für unsere weiteren Planungen wäre es schön, wenn Ihr Euch möglichst bald bei uns melden könntet und uns mitteilen, ob Ihr am 1. Mai nach Leipzig kommt.

Mit antifaschistischen Grüßen
Bündnis gegen Rechts

ZUR DEMO IN DOLGENBRODT

An der Demo haben ca. 500 Menschen teilgenommen. Nachdem die ursprüngliche Route durch das Dorf komplett verboten worden war, konnte nur eine Kundgebung auf einem Feld am Ortsrand durchgeführt werden. Dolgenbrodt selber war an diesem Tag von mehreren Hundertschaften komplett abgeriegelt. Auf allen Zufahrtswegen und selbst im Wald waren starke Bullenkräfte präsent. Die Leute des Berliner Buskonvois waren schon am Abfahrtsort von einer Hundertschaft Berliner Bullen durchsucht und anschließend bis auf die Autobahn begleitet worden. Ca. 5 Kilometer vor Dolgenbrodt wurde der Konvoi von den Brandenburger Bullen gestoppt. Obwohl wir es nur mit 50 Bullen zu tun hatten, die teilweise schon die 50 Jahre sowie das höchstzulässige Gesamtgewicht überschritten hatten (these ugly Germans), wurde die Priorität darin gesehen, Dolgenbrodt in jedem Falle zu erreichen. Nach einem kurzen Gerangel wurde in eine erneute Durchsuchung der Busse und eine körperliche Kontrolle eingewilligt. Der Konvoi wurde in Dolgenbrodt schon von ca. 150 Linken, den bereits erwähnten Hundertschaften sowie zahlreichen DorfrassistInnen hinter den Bullenabsperrungen erwartet.
Der Auftritt etlicher Vermummter wurde von den zahlreich anwesenden Medienvertretern mit der gebührenden Aufmerksamkeit bedacht, leider aber auch von den Bullen, die mehrmals in die Kundgebung reinstürmten und dabei 9 Leute festnahmen. Insgesamt gab es auf dem Acker ein ziemlich geschlossenes Vorgehen, was weitere Festnahmen verhinderte. Angesichts der hereinbrechenden Dunkelheit, dem einsetzenden Abstrom sowie der Kesselsituation wurde auf einen Teil der Kundgebungsbeiträge verzichtet und sich gemeinsam zurückgezogen.

Obwohl es uns angesichts der zahlreichen Bullen nicht gelungen ist, die Dolgenbrodter Volksgemeinschaft direkter zu belästigen, halten wir die Aktion insgesamt für erfolgreich. Wir haben Dolgenbrodt und unseren Widerstand gegen den rassistischen Normalzustand bundesweit in die Medien gebracht und unsere möglichen Handlungsspielräume als Linke ausgenutzt. Angesichts der Abneigung großer Teile der radikalen Linken an solchen "massenfeindlichen" Aktionen teilzunehmen, finden wir sowohl die TeilnehmerInnenzahl als auch das geschlossene Verhalten in Dolgenbrodt in Ordnung.

ZUR DEMO IN DOLGENBRODT
An der Demo haben ca. 500 Menschen teilgenomme
Route durch das Dorf komplett verboten worden wai
auf einem Feld am Ortsrand durchgeführt werde
diesem Tag von mehreren Hundertschaften kc
Zufahrtswegen und selbst ir Vald waren starke
des Berliner Buskonvois ware schon am Abfa
Berliner Bullen durchsucht und anschließend
worden. Ca. 5 Kilometer vor Dolgenbrodt
Brandenburger Bullen gestoppt. Obwohl wir es r
teilweise schon die 50 Jahre sowie das
überschritten hatten (these ugly Germans), v
Dolgenbrodt in jedem Falle zu erreichen. Nac
eine erneute Durchsuchung der Busse und ei
Der Konvoi wurde in Dolgenbrodt schon
erwähnten Hundertschaften sowie zahlre
Bullenabsperrungen erwartet.
Der Auftritt etlicher Vermummter wurd
Medienvertretern mit der gebührenden Auf
von den Bullen, die mehrmals in die Kund
festnahmen. Insgesamt gab es auf de
Vorgehen, was weitere Festnahr
hereinbrechenden Dunkelheit, dem
Kesselsituation wurde auf einen Teil der
gemeinsam zurückgezogen.
Obwohl es uns angesichts der za
Dolgenbrodter Volksgemeinschaft di
insgesamt für erfolgreich. Wir haben
den rassistischen Normalzustand bu
möglichen Handlungsspielräume al
großer Teile der radikalen Linke
teilzunehmen, finden wir sowo
geschlossene Verhalten in Dolger

DOLGENBRODT

„Geld ist genug da“ - für Alle Alles

Berlin, die Autonomen und die „soziale Frage“

Vorrede:

Unser Problem ist nicht so sehr, die Welt zu beschreiben, sondern sie zu verändern. In den letzten Jahren sind unzählige Texte in Büchern und Zeitschriften zum Thema „Neoliberalismus“ erschienen - doch was fehlt, sind umsetzbare politische Handlungskonzepte. Viele - vom libertären Flügel der Autonomen bis zur RAF - spüren, daß es mit den alten politischen Konzepten nicht mehr geht. Und schon lange nicht mehr ging. Ab und zu gelingt es, hier einen Abwehrkampf zu gewinnen, und dort ein weiteres Zerbrechen des eigenen sozialen Milieus zu verhindern, aber reicht uns das?
Im Herbst 1996 trafen sich einige berliner Autonome Gruppen, um über diese Fragen zu diskutieren. Die nun folgenden Gedanken sind eine Umformulierung und Weiterentwicklung eines Diskussionspapiers von uns. In der Vorrede zur ersten Version haben wir geschrieben: „Grundzüge der Diskussionen um die wirtschaftliche Entwicklung hier wie weltweit (Stichwort „Neoliberalismus“) setzen wir als bekannt voraus. Wir haben Lust auf Auseinandersetzungen und auch harte Kritik. Aber keine Lust haben wir auf die uns nur zu gut bekannten Auseinandersetzungen, bei denen keine Fragen aneinander gestellt werden, sondern nur versucht wird, die scheinbar „moralisch richtige“ Position zu besetzen, und alles andere, was die eigene Position gefährdet, mit moralisierenden Dualismen (z.B. Reformismus versus Revolution) und ähnlichen Polemiken vom Tisch zu wischen“.
Entgegen unserer Hoffung fanden die Gedanken und Aktionsvorschläge keinen breiten Konsens. Von einigen MitgliederInnen eines langjährigen autonomen Zusammenhangs wurde sogar explizit formuliert, an der „sozialen Frage“ sei nichts zu gewinnen. Vielmehr gelte es, sich wieder auf die „alten autonomen Positionen“ zu besinnen, „authentisch und glaubwürdig“ zu werden und damit eine neue Ausstrahlung in die Gesellschaft hinein zu erlangen. Zustimmung zu dem Papier wurde eher von Gruppen signalisiert, die am Rand der Autonomen stehen. Wir wollen unsere Gedanken und Anregungen an dieser Stelle nochmal zur Diskussion stellen, weil wir uns davon die Möglichkeit einer breiter angelegten Diskussion erhoffen.



Das letzte Jahr (1996):

In Berlin gab es im nun hinter uns liegenden Jahr einige Mobilisierungen gegen bestimmte Punkte des Sozialabbaus. Im Dezember und Januar die überraschend große Mobilisierungen unter StudentInnen gegen die drohende Einführung von Studiengebühren. Am 27.März die Riesendemo mit ca. 35.000 Menschen gegen die Sparbeschlüße des Senats. Wiederholt gab es größere Stadtteildemos von SchülerInnen gegen ihre Unterrichtsbedingungen (Kreuzberg, Spandau, zuletzt in Reinickendorf). Und erste zaghafte Versuche von MalocherInnen, auch spontan gegen die geplanten Lohnkürzungen im Krankheitsfall auf die Straße zu gehen (so bei BMW Spandau). Diese Aufzählung kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieses zarte Pflänzchen einer Bewegung schon wieder im Sommer verwelkt ist. Spätestens am 12.12.96 wurde dies offensichtlich, als nahezu das selbe Bündnis wie im März eine Demo zum Abgeordnetenhaus organisierte und ganze 250 Menschen kamen.
Wir haben uns gefragt, warum diese Mobilisierungen so schnell wieder in sich zusammengefallen sind. Wir haben keine Antwort, aber wir haben uns folgende Fragen gestellt:

- Liegt es daran, daß die Kämpfe zu defensiv waren? Auf die Verteidigung des schlechten (!) Bestehenden gegen noch mehr Verschlechterungen ausgerichtet, und daß daraus keine Kraft und Hoffnung entsteht? „Sozialabbau“ statt der „sozialen Frage“ thematisiert wurde?

- Liegt es daran, daß die Demo am 27.März nicht die Konfrontation aufnahm (z.B. in Form einer Parlamentsblockade oder Zuges durch die Friedrichstraße), sondern in der Position der moralisch Warnenden verblieb? Machte sich, als der Senat trotzdem sein Sparpaket durchzog, kollektiv Resignation breit? Warum dann nicht doch lieber in die Disko? Und die Frage ist auch, wieviele der 35.000 hätten eine offene Konfrontation wie eine Parlamentsblockade mitgemacht?

- Liegt es daran, daß die Ziele viel zu kurzfristig gesteckt wurden?

- Liegt es daran, daß viele der Mobilisierten nur ganz begrenzte Motivationen zur Teilnahme (nämlich die Verteidigung ihres „Besitzstandes“) haben, aber kein Interesse an einem Wandel der „Spardebatte“ in eine Diskussion um gesellschaftliche Reichtumsverteilung?

- Liegt es daran, daß im kollektiven Unbewußten die Logik und „Sachzwänge“ der Herrschenden (wie Kapitalismus, Weltmarkt, Haushaltskonsolidierung und Standortkonkurrenz) als gegeben vorausgesetzt werden? Es im Alltagsbewußtsein zu den diversen Sparkonzepten keine Alternative gibt? Weshalb alle, solange sie die kapitalistische Logik nicht durchbrechen wollen, bestenfalls „besser“ sparen können?

Und wir?

Vereinzelt, wenn's hoch kommt in kleinen Gruppen, aber eben nicht als politischer Faktor, haben auch wir, die „Autonomen“ bzw. „Linksradikalen“ an diesen Demos und Aktionen teilgenommen. Eine kleine Umfrage unter unseren FreundInnen, warum sie sich nicht zu den aktuellen sozialen Auseinandersetzungen verhalten , brachte folgende Argumente hervor:

- hat ja doch keinen Sinn
- keine eigene Verortung (bin weder Studi noch arbeitslos; in der U-Bahn fahr' ich eh' immer schwarz, etc.)
- das Ganze tut niemandem weh, verbleibt immer in so einer Klageposition
- Berührungsängste mit „Reformisten“
- „Studies gehen mir sowieso auf den Keks“ (besonders gern von StudentInnen vorgebracht)
- Frustrationen aus früheren Versuchen am Thema
- keine Möglichkeit einer allgemein-politischen Orientierung in Sicht
- bleiben völlig in Abwehrkämpfen gefangen
- das Bündnis StudentInnen und Gewerkschaften fanden wir richtig spannend, aber als es nichts wurde, erlahmte das Interesse
- mentale Probleme, da die eigene Herkunft eben aus bildungsbürgerlichen Elternhäusern ist
- andere Widersprüche (wie z.B. antipatriarchale und antisexistische) fallen unter den Tisch („wenn du mir mit noch so leuchtenden Augen erzählst, daß BMW-MalocherInnen 15 Bullen ins Krankenhaus geschickt haben, bleibt die Frage, ob das hier zutage tretende Gewaltpotential nicht dasselbe ist, das sich im Alltag gegen Frauen und MigrantInnen richtet?“)
- in unserer jüngeren politischen Tradition steht die Institution des Facharbeiters und die gegenwärtigen Gewerkschaften auf der Gegenseite

Was nun?

Wir sind der Meinung, daß die „soziale Frage“ und ihre Auswirkungen eine der zentralen Auseinandersetzungen der kommenden Jahre sein wird. Oft wird die „soziale Frage“ gegen andere Kämpfe und Widersprüche wie antipatriarchale und antirassistische gesetzt. Aber es geht vielmehr darum, diese als sich gegenseitig bedingende Auseinandersetzungen begreifen zu lernen. Wir sind auf der Seite der materiellen Bedingtheiten von gesellschaftlichen Widersprüchen so unterbelichtet, daß diese Kämpfe idealistisch, moralisierend nach dem Motto: „seid netter zueinander im kapitalistischen Haifischbecken“ bleiben. Der Blick auf ökonomische Bedingungen muß ein gleichwertiger Teil unserer Kämpfe werden. Damit kommt die „soziale Frage“ wieder mehr in unser Blickfeld.

Nach alledem haben wir diskutiert, wie die weiter oben beschriebenen Lähmungen durchbrochen werden können. Als erstes fanden wir es wichtig, den Diskurs um die „soziale Frage“ wieder offensiver zu besetzen. Also statt „Sozialabbau“ die „soziale Frage“ wieder auf die Tagesordnung zu setzen - „Her mit dem ganzen Reichtum“. Und dazu andere gesellschaftliche Utopien in den Raum zu werfen, ohne idealistisch und abstrakt zu werden. Bei diesen Utopien geht es nicht nur um die ökonomische Verteilung des Reichtums, sondern auch um Lebensformen, Wohnformen, den ganzen sozio-kulturllen Alltag, etc.. Was bzw. wen (re-)produzieren wir und wie (re-)produzieren wir wieder zu einer zentralen Frage machen. Selbst ein Grüner (Micha Brumlik in der „taz“ vom 15.10.96) hat diese Tage bemerkt, daß gegen Sozialabbau nur hilft, „neu über den Kommunismus zu reden“.

An dieser Stelle wollen wir vorschlagen, Demonstrationen durch die Reichenviertel der großen Städte zu organisieren. Das Ganze könnte unter dem ironisierenden Motto stehen:

Für eine radikale Steuerreform -
5.000 DM im Monat sind mehr als genug!
Mindestens 1.500.-DM Existenzgeld plus Miete für Alle -
bei Abschaffung aller AusländerInnengesetze!
Weltweit und ohne Zwang zur Arbeit!
... und ähnliches mehr



Da sicher einige mit der Wortwahl des Mottos Probleme haben, kurz was dazu: wir finden es wichtig, aktuelle gesellschaftliche Diskussionen aufzugreifen, diese sozialrevolutionär mitzubesetzen und dabei so realistisch/unrealistisch zu sprechen, daß ein Verfremdungseffekt eintritt und Denkräume geöffnet werden. Natürlich ist es „Quatsch", sich vorzustellen, wie das Finanzamt alle Einkünfte über 5.000.-DM einzieht. Trotzdem ist in dieser Form, dem Aufgreifen des real Existierenden, möglich, eine grenzüberschreitende Phantasie zu provozieren, die nicht im utopischen abstrakten Bereich bleibt. Diese Forderungen bleiben erstmal „Mittel zum Zweck", einen gesellschaftlichen Diskurs neu zu besetzen; deshalb ist auch jeder Einwand, daß vielleicht 1522.-DM besser wäre, müßig und völlig am Thema vorbei.
Dabei sollten wir uns auch überlegen, welche Aktionen heute noch treffen und somit funktionieren. Uns kommt des öfteren der Verdacht, daß Aktionen, die Anfang der 80er Jahre noch richtig provozierend gewirkt haben, heute entweder hohllaufen oder einfach „polizeilich" beseitigt werden. Was hat sich auch da an gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verschoben bzw. verändert?

Warum? Wieso? Weshalb?

- weil wir es inzwischen wichtig finden, gesamtgesellschaftlich zu agieren. War es um 1980, als der Staat noch versuchte, alles zu integrieren, richtig, sich selbst außerhalb dieser Gesellschaft zu stellen und auf seine Differenz zu beharren, ist dieses Konzept heute kompartibel mit Versuchen der Herrschenden, die Gesellschaft auszudifferenzieren. Ein Beispiel soll dies verdeutlichen: wurde in der Stadtbaupolitik um 1980 versucht, mittels sozialer Durchmischung das Herausbilden von sozial homogenen Strukturen in den Stadtvierteln zu verhindern, so ist es heute geradezu Ziel des herrschenden Städtebaus, jeweils Viertel für Reiche und Arme zu schaffen. Darüberhinaus bedeutet dies für uns, uns zu aktuellen Diskussionen in der Gesellschaft, bei denen Weichenstellungen für die Zukunft gemacht werden, zu verhalten. Nicht mehr nur für uns als Subkultur und Minderheit zu denken, sondern Alle in unsere Konzepte mit einzubeziehen.

- weil solche Forderungen geeignet sein könnten, eine gemeinsame Diskussion, Forderung und Aktionsform für all die versprengten Initiativen gegen einzelne Aspekte des Sozialabbaus zu schaffen. Unser großes Problem ist doch, daß sich nirgendwo mehr ein Subjekt formuliert, daß auch nur ansatzweise mehrheitsfähig wäre (wie z.B. früher die ArbeiterInnenbewegung). Damit stehen sich in der Gesellschaft unzählige Partikularinteressen gegenüber, die gegeneinander ausgespielt werden. Nur wenn sich all' die Teilsegmente des unteren Drittels auf eine gemeinsame „Plattform" einigen, können sie wieder eine Kraft werden.

- weil die Forderungen weltweit einen gemeinsamen Bezugspunkt ergeben können, wenn sie nicht auf ihren Geldwert reduziert werden, sondern auf die dahinterliegenden Forderungen nach genügend guter Nahrung, kostenloser Gesundheitsversorgung, dem Recht auf Mobilität, dem Recht auf Wohnraum, dem Recht auf ein eigenes Stück Land, dem Recht auf Einhaltung der Menschenrechte, dem Recht, einer selbstgewählten gesellschaftlich sinnvollen Tätigkeit nachgehen zu können, dem Recht auf Faulheit, dem Recht auf Bildung, dem Recht auf Informationsfreiheit, dem Recht auf Kultur, dem Recht auf materielle Unabhängigkeit, dem Recht auf selbstbestimmte Sexualität, dem Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper, dem Recht auf selbstbestimmte Lebensformen, dem Recht auf gleichberechtigte Teilnahme von Allen an allen gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen, und so weiter. Das sind übrigens nur leicht umformuliert die 13 (später 16) Forderungen aus der „Vierten Erklärung aus dem lacandonischen Urwald" vom Januar 1996. Nur läßt sich in Berlin keine Gesellschaft mehr denken, in der jedeR seinen Subsistenzgarten betreibt, sondern die Gesellschaft hier und auch die, die wir wollen, beruht zu einem gewissen Grad auf Arbeitsteilung und muß deshalb in Tauschkategorien denken. 1.500.- DM Grundsicherung meint in Berlin etwas sehr ähnliches wie „Land und Freiheit" in Mexiko.

- weil es um eine Entkoppelung von Existenzrecht und Produktivität geht. Für viele Menschen ist es heute nicht mehr das drängenste Problem, ausgebeutet zu werden, sondern überhaupt die Möglichkeit zu bekommen, ausgebeutet zu werden. Bis zu 80% der Weltbevölkerung werden im Prinzip für die kapitalistische Produktion nicht mehr benötigt.
Ein garantiertes Grundeinkommen für Alle könnte ansatzweise auch das Problem unbezahlter Reproduktionsarbeit lösen, egal ob sie Straßenbahnfahrerin ist oder er den Abwasch macht. Natürlich gehört dazu auch eine Umverteilung der Arbeit (z.B. 20 Std.-Woche) und eine Neubewertung des gesellschaftlichen Werts von diversen Tätigkeiten.

- weil wir so dem ganzen Gerede vom Umbau des Sozialstaats eine sozio-kulturelle Dimension beisteuern würden. Im Moment sind auf der Ebene des öffentlichen Diskurses die Kirchen die Einzigen, denen eine Berechtigung zugesprochen wird, nichtökonomische Aspekte beisteuern (z.B. Umgang mit Behinderten und daß „Geld allein nicht glücklich macht").

- weil wir konkret die Reichen angehen und von diesem allgemeinen Geblubber von Sparen wegkommen („Geld ist genug da, es geht um die Verteilung"), und damit angreifen wollen. Und nicht bei der Verteidigung von überholten gesellschaftlichen Kompromissen (wie den „Sozialstaat") stehenbleiben. Uns ist das Problem bewußt, daß zumindest in einer nachrevolutionären Gesellschaft Reichtum auch geschaffen werden muß.

- weil wir deutlich betonen wollen, was eine Grundsicherung positiv für die Menschen unten lösen würde: z.B. Wegnahme des Existenzdrucks und des sich um fast jeden Preis verkaufen müssens; Linderung der Konkurrenzsituation untereinander; zumindest auf der materiellen Ebene die Ermöglichung, sich überlegen zu können, was mensch eigentlich selbst will; zumindest auf der materiellen Ebene Stärkung der Position von Frauen im Geschlechterkampf (d.h. weniger materielle Abhängigkeit); dasselbe gilt auch für Flüchtlinge, Kinder, eben alle gesellschaftlichen Konflikte, bei denen auch materielle Abhängigkeiten eine Rolle spielen.

- weil die Forderung nach einer garantierten Grundsicherung, das die Reichen bezahlen, auf der Höhe der Zeit der ökonomischen Veränderungen ist und nicht auf Prämissen wie das alte Sozialstaatskonzept aufbaut, daß sozusagen garantierte Sozialleistungen und Rente für 40 Jahre Arbeit mit Sozialversicherung vorsah. Dieses Modell ist heute historisch gegessen und nicht rettbar, und wurde, so nebenbei bemerkt, auch von uns immer heftigst abgelehnt. Der Sozialstaat war immer auch Kontrollinstrument der Herrschenden und diente dazu, die Unangepaßten wieder in ein sogenanntes „geregeltes Berufsleben" zu integrieren. Seit Beginn der 70er Jahre begann der Sozialstaat ihnen aus dem Ruder zu laufen, weil er von immer mehr Menschen für ein lohnarbeitsfreies Einkommen benutzt wurde (in der Sprache der Herrschenden der sogenannte „Sozialmißbrauch").

- weil wir es wichtig finden, eine neue Gesellschaftlichkeit, die alle mit einbezieht (und nicht Lobbypolitik einer Subkultur ist), jenseits des kapitalistischen Werts zu formulieren und einzufordern. Mit autonomer Lobbypolitik meinen wir z.B. Parolen wie „Die Häuser denen, die drin wohnen", die oft nur Nabelschaupolitik auf besetzte Häuser ist. Wir meinen damit, immer auch mitzudenken, was für andere praktikabel ist, die nicht die selben soziokulturellen Gewohnheiten haben. Zum Beispiel bei einer Hausbesetzung immer auch Mietbegrenzungen auf z.b. 5.-DM/qm mitzufordern. Oder: parallel zur Praxis („Schwarzfahren") auch eine billige Monatskarte (z.B. 24.-DM/Monat) für Alle zu fordern. Denn ein Vater mit seiner Tochter und deren Freundin, möglichst noch mit zwei kleinen Fahrrädern dazu, kann nicht schwarzfahren. Und wenn Sie mit ihrer Freundin ohne legalen Aufenthaltsstatus ins Kino fahren will, können sie sich keinen „unnötigen" Ärger mit Kontrolleuren leisten.

Es geht darum, uns als Teil eines neuen gesellschaftlichen Subjekts zu begreifen, welches versucht eine „Mehrheit" der hier lebenden Menschen gegen die kapitalistische Gesellschaft zu mobilisieren. Dabei sollten wir auch auf all' die Erfahrungen, die in 20 Jahren Alternativ- und autonomen Bewegungen gewonnen wurden, zurückgreifen.

Autonome KleingärtnerInnen*



* P.S.: Der Name „Autonome KleingärtnerInnen" ist für uns selbstverständlich nicht allgemeines Programm. Wir sehen in der kollektiv oder genossenschaftlich organisierten Großraumlandwirtschaft, der augenblicklich im Osten durch die Bonner Agrarpolitik das Wasser abgegraben wird, eine der Produktionsformen der Zukunft.

Das intime wollte auch so gerne politisch sein - aber es blieb nur, was es war: nicht p.c. !

Einige interim-männer antworten b.g.

Die arranca machte eine schwerpunktausgabe (nr.8) und danach war funkstille (vorwort nr.10), die beute weiß etwas zu berichten von "stöhnen und reden" (nr.12, 4/96) und findet es (natürlich!?) unter ihrer würde, die interimdebatte zur kenntnis zu nehmen - die interim nun wieder läßt die sexpertInnen sich austoben und wird zum schluß von einer brechgereizten (im folgenden b.g.) (i 397) und etwas zu späten männern (i 398) gefragt, was sie sich denn überhaupt von der diskussion verspreche. Einige interim-frauen haben schon was zu papier gebracht. Jetzt also wir, die den beitrag von p.c. mit auf den weg gebracht haben (i 385).

Für uns hat der tenor der fragen von b.g., ("...begründung, was ihr euch von der 'sexualitätsdebatte' eigentlich...verprecht." "...stellungnahme zu den ... geäußerten vorwürfen..." und ähnlich danach vorgetragen von den 'zu späten männern' (i 398) sowohl eine eher rhetorisch-polemische, wie auch eine an ehrlicher begründung interessierte seite.

1. Rhetorisches meinen wir aus dem kommentar von b.g. rauszuhöhren. d.h. unsere Antwort wird wohl nicht so wichtig sein. Das politische bekenntnis steht schon vorher fest, nämlich das die ganze debatte sowieso vom teufel ist. Schriftliche ergüsse ändern nix, spiegeln bestenfalls die herrschaftsförmig organisierte realität. Und wenn's dann noch persönlich wird (wie bei p.c.), hat der abdruck solcher auslassungen keinerlei emanzipatorischen gebrauchswert. Dem sowieso in der gesellschaft greifenden, antifeministischen rollback wird nun auch hier (in der interim) die tür aufgehalten. So etwa geht's doch lang, oder? Und damit wären wir dann wieder am beginn der debatte, in der ausführlich auch über zensur und transparenz gestritten wurde. In dieser logik von b.g. hätte das alles garnicht stattgefunden, wäre somit auch der text der schwarzmarktfrauen garnicht erst zum abdruck gekommen?! Unter anderem mit mit diesem text startete ja immerhin die ganze debatte und das darin erläuterte vorgehen, nämlich aufgrund einer klaren position eine entscheidung zu treffen (arranca 8 boykott) und diese öffentlich zu begründen, finden wir beispielhaft für politische kultur.
Also: Es kann ja wohl nicht wahr sein, die ganze debatte für vollkommen bescheuert und letztlich für unwichtig und gefährlich anzusehen. Soweit zum rhetorischen tenor von b.g.

2. Wenn aber nicht rhetorisch gefragt wird, sondern ernsthaft, warum wir die "debatte" "zugelassen" haben und was wir uns davon "versprochen haben", dann dazu folgendes:
Auf die arranca 8 gab es fast zeitgleich die ablehnende (schwarzmarktfrauen) und die diskussionseröffnende (kermit) haltung, - nicht nur in form der beiden interim-texte - sondern eben auch in zahlreichen gesprächen, die auch wir geführt haben. Die texte, die fotos (sind sie pornigrafisch oder nicht? was ist überhaupt: pornografisch?), das ganze heft wurde diskutiert. Als ein medium, das durch wöchentliches erscheinen flexibel reagieren kann, lag es mehr als nahe, die standpunkte zu veröffentlichen und so die meinungsbildung der szene zur arranca 8 abzubilden und zu befördern. Zumal wir sowohl bei den schwarzmarktfrauen wie bei kermit sehr viel bedenkenswertes fanden. Den verlauf dieser gemischten debatte - bis zum auftauchen von p.c. (i 385) - begreifen wir, entgegen der ansicht von b.g., durchaus als teil linksradikaler reflexion und bewußtseinsschärfung.
Das machen wir daran fest, daß einerseits selten genug öffentlich an

diesem thema diskutiert wird, daß es andererseits den aufrichtigen versuch gab, theoriewissen mit gelebten erfahrungen in beziehung zu setzen. Insoweit hat sich das, was wir an erwartungen hatten, bestätigt. Allerdings nur insoweit! Denn was an persönlichkeitswust danach in die diskussion eingezogen ist, hat sich für uns im nachhinein als kontraproduktiv erwiesen. Ganz so wie es b.g. benannt hat: "Eine solche sexualitätsdiskussion kann m.e. nicht in einer gemischtgeschlechtlichen zeitung ... geführt werden" (i397).
Es zeigten sich nämlich deutlich die grenzen des gemischten diskurses. P.c.'s ausgebreitete erfahrungen und probleme wären besser in männerzusammenhängen aufgehoben gewesen. Nur dort, wenn überhaupt, emanzipatorisch zu wenden. (Wobei es auch in männerzusammenhängen nur zum geringsten teil um das von p.c. praktizierte zur-schau-stellen seiner person und zum größten teil darum geht, sich als mann mit seinen persönlichen verhalten zu verantworten, sich innerhalb des geschlechterkampfes eine zugleich wirklichkeitsnahe und kritische perspektive zu erarbeiten.)
Es gab aus dieser sicht heraus unsere vorbehalte, p.c.'s beschriebenem verhalten gegenüber und auch gegen den abdruck seines textes (i385). Dem entgegen stand das argument daß ein text, der nun genau die zuvor geforderte offenlegung von erfahrungen zum thema hatte, auch abgedruckt gehöre. Gelohnt, im sinne eines vorwärtsweisenden impulses in der debatte, hat sich der abdruck letzlich doch nicht. Das intime blieb eben doch nur was es war, und das war nicht pc. Indem wir unserem dokumentationswillen gefolgt sind, haben wir mit dem abdruck von p.c.'s text unbeabsichtigt den weg in eine sackgasse begünstigt.
Trotzdem teilen wir weiterhin die forderung, ansprüche mit gelebten erfahrungen zu konfrontieren (und umgekehrt natürlich).

3. Zum schluß noch eine klarstellung gegen b.g.'s vorwurf, "in die tat umgesetzte forderung nach (bürgerlicher) pluralistischer meinungsvielfalt erstreckt sich in der gemischtgeschlechtlichen linken immer nur auf das geschlechterverhältnis. Beim thema rassismus werden solche kompromisse - zurecht - nicht gemacht." (i 397)
- b.g. verwechselt unseres erachtens dabei bürgerlich-liberale meinungsvielfalt mit kritischer (einschließlich selbstkritischer) diskussion, in der sich gegensätzliches äußert, und damit auch standpunkte, die mit dem ihren unvereinbar sind. Wenn alles, was nicht ihrem standpunkt entspricht, aus der debatte herausgehalten werden soll, dann wird wohl eher eine isolierte gespensterdiskussion geführt. Im übrigen wäre gerade das der klassische bürgerliche ansatz, nämlich nur die meinungsverschiedenheiten innerhalb der eigenen klasse zu berücksichtigen.
- b.g. irrt unserer erinnerung nach, wenn sie schreibt, daß im antirassistischen diskurs "der rassismus in uns" und der damit verbundene mögliche selbstkritische akzent bisher keine rolle gespielt hätte. Er war immer umstritten (Z.t. als selbstgeißelung diffamiert, die nur dem gegner nutze (z.b. i 224, s.12f)), nachzulesen unter anderem in der "doitsch-prüfung" der l.u.p.u.s-gruppe ("Der blick auf die glatzen verstellt den blick auf die eigenen weißen verhältnisse - autonome verhältnisse, die weißer sind als jeder sportverein.") oder auch in den papieren zur vergewaltigungsdiskussion während der besetzung des antirassistischen zentrums in berlin 1991/92. Dies wurde offen in der interim (i 176-i 189) und anderswo dokumentiert - und das zu recht.

(P.S.: Wir schreiben diesen beitrag anfang diesen jahres auf der basis der interims bis nr.401)

Aktuelle Presseinformation: Stand 14.03.97

CBG - Presseservice

Schwere Proteste begleiten BAYER-Projekt in Taiwan

Der Chemiekonzern BAYER plant die Errichtung der weltweit größten TDI-Anlage in unmittelbarer Nähe der taiwanesischen Großstadt Taichung, ohne die Öffentlichkeit über mögliche Gefahren zu informieren. Am geplanten Produktionsort bildete sich daraufhin die Bürgerinitiative *Anti-Bayer Action Union (ABAU)*, die mit BAYER und den Genehmigungsbehörden scharf ins Gericht geht. Ihre Demonstrationen wurden von bis zu 4.000 Menschen begleitet. Erst die Proteste leiteten die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung und die notwendige Information der Anwohner ein. Die öffentlichen Anhörungen begannen in dieser Woche.

TDI (Toluoldiisocyanat), das als Vorprodukt in der Kunststoffproduktion verwendet wird, gehört zu der Gruppe der Isocyanate. Für seiner Herstellung benötigt man Phosgen und das karzinogene TDA (Toluoldiamin). Phosgen war für die Bhopal-Katastrophe 1984 verantwortlich. Aufgrund der Gefahren der TDI-Produktion und dem Bekanntwerden von Details über die Genehmigung, hagelt es in Taiwan Proteste. Die Bürgerinitiative *Anti-Bayer Action Union* erhält regen Zulauf von Anwohnern, Studenten und Anhängern der Oppositionspartei *Democratic Progress Party*.

Um die Genehmigung durchzusetzen, wies BAYER beim Wirtschaftsministerium in Taipeh lediglich den Betrieb einer Referenzanlage in Deutschland nach. Schon nach wenigen Wochen wurde das brisante Projekt durchgewunken. Jetzt verlangt der Leverkusener Multi Bonuspunkte für sein Projekt: ein großes Grundstück am Meer, Infrastrukturhilfen und einen Pachtvertrag von 125 Jahren. Diese Privilegien erinnern viele Taiwanesen an die erniedrigenden ausländischen Konzessionen im neunzehnten Jahrhundert. Außerdem befürchten die Kritiker, daß die Stadt Taichung durch die Anlage vollständig vom Meer abriegelt wird. Die *Anti-Bayer Action Union* fordert daher eine Abstimmung in der betroffenen Region und eine realistische Gefahrenabschätzung. Sie erhalten hierfür auch die Unterstützung der Abgeordneten der Provinzversammlung und der Bürgermeister der umliegenden Gemeinden. Diese stimmten dafür, den Bau der Fabrik von einer vollständigen Umweltverträglichkeitsprüfung sowie einem fairen und angemessenen Pachtvertrag abhängig zu machen.

Das Wirtschaftsministerium reagierte auf den anhaltenden, großen Protest mit einer ausführlichen Prüfung des Projekts und eine Serie von öffentlichen Anhörungen, welche sich bis Ende dieses Jahres hinziehen werden. Bis dahin, betreibt BAYER eine systematische Desinformation: auf Anfrage behauptet BAYER, in seinen Werken habe sich noch nie(!) ein Störfall ereignet, da BAYER die sichersten Fabriken der Welt baue. Gleichzeitig intensiviert der Konzern die Bemühungen vor Ort: auf Politiker wurde Druck ausgeübt, Journalisten und Entscheidungsträger wurden nach Deutschland eingeladen und die lokale Protestbewegung wurde als „kommunistisch unterwandert" diffamiert. In Taiwan, das offiziell bis heute im Kriegszustand mit China steht, verfangen solche Schmutzkampagnen offenbar bis heute.

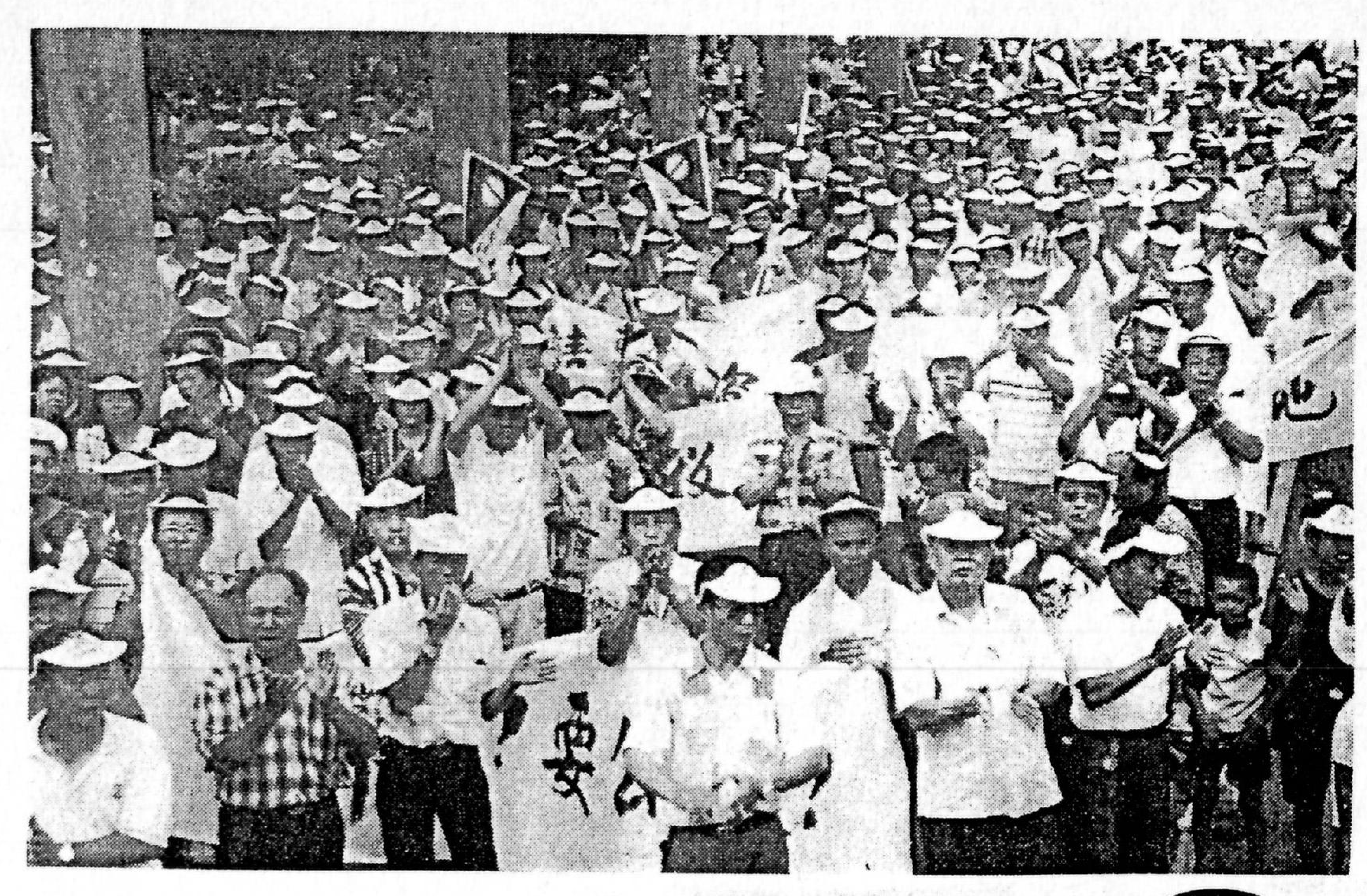
Hinweise:
Die Kritischen Aktionäre zum BAYER-Konzern werden die Vorgänge in Taiwan auf der Hauptversammlung des Leverkusener Konzerns in den Mittelpunkt ihrer Aktionen stellen.
Repros von Fotos der Demonstration in Taiwan und einem gegen BAYER gerichteten Aufkleber liegen bei.

Weitere Informationen erhalten Sie bei der **Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.**
Tel: 0211-333 911 Fax: 0211-333 940 e-mail: Co_gegen_BAYER@Nadeshda.gun.de

反拜耳 救家園



愛鄉土 要公投



反拜耳 救家園



愛鄉土 要公投





Antifaschistischer Kampf ist international!

Längst ist es kein Geheimnis mehr, daß sich in Europa rechte und reaktionäre Kräfte auf dem Vormarsch befinden. Im Unterschied zur BRD findet diese Entwicklung in anderen europäischen Ländern – etwa in Österreich oder Italien – vor allem in Wahlerfolgen rechter und faschistischer Parteien ihren deutlichsten Ausdruck. In Frankreich ist es vor allem die Front National (FN) um ihren Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen, die auf kommunaler Ebene mehr und mehr Wahlsiege verbuchen kann. Mehrere größere Städte werden bereits von FN-Bürgermeisteren regiert, und auch für die anstehenden Parlamentswahlen ist nichts Gutes zu erwarten. Durch die Erfolge der Faschisten sehen sich vermehrt auch bürgerliche Parteien, allen voran die gaullistische Regierungspartei RPR, in Zugzwang und versuchen, der rechten Konkurrenz durch die Übernahme vormals rechter Agitationsfelder das Wasser abzugraben. Leittragende sind dabei in erster Linie Flüchtlinge, denen durch den rassistischen Debré-Gesetzesentwurf Einreise und Aufenthalt in Frankreich zur Hölle gemacht werden soll. Gegen diesen skandalösen Gesetzesentwurf formierte sich breiter Widerstand. Erst vor wenigen Wochen gingen in Paris mehr als 100 000 Menschen verschiedenster politischer Herkunft auf die Straße, um gegen die rassistische Innenpolitik der französischen Regierung und die FN zu protestieren. Auch in anderen Städten kam es zu Demonstrationen und auch militanten Protesten.

Protestiert werden soll auch, wenn sich am Osterwochenende die FN zu ihrem Parteitag in Strasbourg trifft. AntifaschistInnen aus ganz Frankreich rufen für den 29. März zu einer Großdemonstration auf. Auch wir schließen uns diesem Aufruf an, denn Faschismus und Rassismus sind keine nationalen Probleme. Antifaschistischer Kampf muß deshalb internationaler Kampf sein und nationale Grenzen notwendigerweise sprengen.



Kontakt für Infos und Schlafplätze: Antifa Offenburg, c/o Buchladen Phantasia, Ritterstraße 25, 77652 Offenburg.
Telefon: 0781 / 9480577, E-Mail: antifa-offenburg@link-s.cl.sub.de

Freiheit für Mumia Abu-Jamal und alle anderen politischen Gefangenen

Der nächste Hinrichtungsbefehl steht bevor

Ende Februar hat Pennsylvanias Oberster Gerichtshof Mumia Abu-Jamal eine mündliche Anhörung über seinen Wiederaufnahmeantrag verweigert

Kundgebung vor der US-Botschaft, Freitag, den 21.3.1997, 16:00
Neustädtische Kirchstraße, Nähe: Unter den Linden

Abschaffung der rassistischen Todesstrafe

Mumia-Abu-Jamal Solidaritätsgruppe Berlin,
V.i.S.d.P.: Sacco und Vanzetti, Freiheitsallee 5, 10115 Berlin

Samstag 22.3.97 ab 22 Uhr
Friedrichshainer Kiez-Disko
Soli Party, Rigaer Str. 83

NEWROZ
EX @ Mehringdamm · Gneisenaustr. 2 A · Dimokrat Taha · Davut & Zu... · Freitag 21. März 21...

MATTHIAS DEUTSCHMAN[N]

"Nachtangriff" ist ein Versuch satirischer Früherkennung. "Nachtangriff" ist die Fortsetzung des politischen Kabaretts mit anderen Mitteln. "Nachtangriff" wandelt auf dem schmalen Grat zwischen politischer Apathie und Allergie.
Zu den wenigen Gastspielen, die **Matthias Deutschmann** 1997 gibt, gehört natürlich ein Wiedersehen mit Berlin. Im Gep[äck] hat Deutschmann eine aktualisierte Version seines Erfolgsprogramm "Nachtangriff". Mit der Derniere schließt sich der Kr[eis], denn Deutschmann hatte mit diesem Programm im Dezember 1995 im Mehringhoftheater Premiere.
Matthias Deutschmann ist der Beweis, daß das politische Kabarett lebt. Und das es am schärfsten und härtesten ist, wenn es den Kanzler weiträumig umfährt. Der gebürtige Westerwälder macht es sich und seinem Publikum nie leicht, denn jeder Abend mit ihm ist eine brilliante Exkursion durch die Sümpfe und Untiefen der deutschen Geschichte.
Und dennoch sind diese Reisen nie belehrend, selten moralisch, dafür aber hinreißend komisch. Souverän wird man durch schwindelndmachende Assoziationsketten, oft haarscharf am Kalauer vorbei, von **Deutschmann** am Ende immer wieder auf eine Lichtung geführt. Sein Cello ist ihm dabei mehr als Pausenfüller und Begleitung, es ist ihm Schutzwall und Waffe zugleich.
Für den selten gewordenen Genuß, daß Denken auch Spaß machen kann, ist Deutschmann ein Garant.

Gneisenaustr. 2a / Berlin - Kreuzberg
U - Bhf. Mehringdamm / Bus 119, 247
Telefonische Vorbestellung: 691 50 99
und an allen
bekannten Theaterkassen

12.03. - 23.03.
Vorstellungen: Mi. - So. 20.30 U[hr]
Eintritt: 25,- DM
Ermäßigt: 20,- DM

FORUM
Zeitschrift für Internationalismus
Zeitschrift des BUKO
Redaktion FORUM
Buchtstr. 14/15
28195 Bremen
Tel.: 0421-32 51 56
Fax: 33 78 177

Nr. 210 (März)
Den Norden abwickeln!
Kritik, Diskussion, Konkretisierung, ...
(56 S., 7 DM)

Nr. 211/212 (Mai 1997)
Gegenmacht von unten
Vorbereitungsreader zum BUKO 21 *(ca. 68 S., 9 DM)*

Kostenloses Probeheft anfordern !!

++Neuerscheinung!++



Rechtzeitig zum Prozeß erschienen: Die Dokumentation kriminalisierter radikal-Texte, herausgegeben von diversen Prominenten.

lebt ud lest radikal!

Bestelladresse: Anti-Repressionsbüro,
Dieffenbachstr.33, 10996 Berlin, 8,- DM

Strategische Meisterleistung

Dolgenbrodt - große mediale Wirkung einer kleinen Demo

Am Sonntag, den 16. März, demonstrierten 300 AntifaschistInnen im kleinen Dorf Dolgenbrodt südöstlich von Berlin gegen den alltäglichen Rassismus seiner BewohnerInnen, die wohlwollend dem Abbrennen eines noch nicht bezogenen Flüchtlingsheims im Jahr 1992 zuschauten. Eine strategische Meisterleistung der Autonomen und Antifas nennt der Berliner "Tagesspiegel" diese Demo.

Dabei fing alles sehr spät an. Viereinhalb Jahre ist der Brand her, und die gesellschaftliche Situation in diesen Tagen nach Rostock-Lichtenhagen war eine andere. Wenige Tage später beschloß auch die SPD, das Asylrecht faktisch abzuschaffen. Kurz darauf wurden die BewohnerInnen eines Hauses in Mölln von Neonazis im Schlaf verbrannt. Erst dann wurde von diesem Staat der Selbstjustiz der Deutschen mit Rücksicht auf das Ausland ein wenig Einhalt geboten.

Eine Staatsanwältin hat die Dinge, die damals in Dolgenbrodt vorgingen, noch einmal ans Licht der Justiz gezogen und konnte feststellen, daß dort kein Einzeltäter an der Arbeit war, sondern ein Teil des Dorfes aktiv dahinter stand. Die heimliche Zustimmung fast aller BewohnerInnen wurde festgeschrieben, konnte aber nicht bestraft werden. Noch einmal ging der Name Dolgenbrodt in Zusammenhang mit diesen für sie äußerst peinlichen Vorgängen durch die Weltpresse.

Für dieses Wochenende rief nun die Antifaschistische Aktion Berlin zu einer Demo dort auf. Von den Bullen wurde sie im wesentlichen verboten, nur auf einer zugewiesenen Wiese vor dem Ort durfte eine Kundgebung abgehalten werden. Die DorfbewohnerInnen und die YachtbesitzerInnen aus Berlin, deren Bootsanlegestellen dort sind, planten Blockaden und Selbstschutz gegen die Demo, stellten schon tagelang Wachen gegen den Antifaschismus auf. Dies brachte schon einmal gute Vorab-Artikel und Mobilisierung, auch in der sonst dem linken Antifaschismus eher abgeneigten taz. Die Interim verbrannte den Aufruf wohl versehentlich und konnte nichts Inhaltliches dazu beitragen.

Am Sonntag nun wurde Dolgenbrodt von den Bullen weiträumig abgeriegelt. Im Dorf und außenrum an den eingerichteten Kontrollstellen war eine große Überzahl grüner Uniformen zu finden. Die VertreterInnen der schreibenden und filmenden Medien kamen in rauhen Mengen, um die Stimmung einzufangen. Der Bürgermeister Pfannekuchen versuchte noch brav, seine vorbereitete Presseerklärung vor die Mikros zu bringen. Es wären doch nur vier (!) Einzeltäter gewesen, die den Brand gelegt hätten. Das ganze Dorf würde sich davon distanzieren. Dies glaubte übrigens nur Springers Morgenpost. Andere fragten ihn weiter. Sie seien kein "rassistisches Dorf", aber das Asylbewerberheim im Ort wäre hirnverbrannter Unsinn gewesen, wie die Frankfurter Rundschau zitiert. Ein erfreulicher Umstand für ihn, daß es dieses Heim nun nicht mehr gab. Seine Mitbewohner wurden noch deutlicher. Die Presse suchte die Stimmungslage des Dorfes, während sie auf die Demo wartete, und fand reihenweise abstoßende Zitate. "Die Äußerungen über "Asylanten", "Neger" und Ausländer überhaupt waren schlicht ekelerregend", schreibt der Tagesspiegel. Und weiter: "Es genügte eine einfache Frage, und als Antwort gab es, wie auf Knopfdruck, Rassismus. Das war es, was Autonome und Antifaschisten anprangern wollten."

Selbst die Autonomen-hassende taz hatte nur freundliche Worte parat. Sie sprach mit dem demonstrierenden Sohn des Bürgermeisters, der Solaranlagen baut, und dem Straßenbauarbeiter aus Seelow, der im passenden Piratenoutfit demonstriert, so daß der Eindruck einer lieben und netten Demo hängenbleibt, der nicht viel mit linksradikaler Politik zu tun hat. Der Tagesspiegel schreibt weiter, "ein Trupp von 300 Kapuzenmännern und -frauen hat es schon durch die Ankündigung einer Demonstration in Dolgenbrodt vermocht, die grassierende Fremdenfeindlichkeit in Brandenburg ans Tageslicht zu zerren und obendrein noch einen monströsen Polizeieinsatz auszulösen." Das nennt er eine strategische Meisterleistung der Autonomen und Antifas, für ihn eine der "deprimierenden Art", weil die DemonstrantInnen sich mit "ihrem martialischen Auftritt nicht unbedingt als demokratisch-tolerante Alternative präsentiert haben."

Die AAB hätte ihren blöden Aufruf zum Raushängen einer weißen Fahne für die Gutmeinenden doch wenigstens noch zurückziehen können. Sie wurde rechtzeitig darauf angesprochen und reagierte nur abweisend. Es ist schon ein Unterschied, ob da welche zur Kapitulation aufgefordert werden oder sie sich nur vom Rest des Dorfes absetzen wollen. Das karierte Tischtuch, das ihnen die junge Welt empfohlen hatte, hätte es auch getan.

Aber selbst die Morgenpost endet mit einer Kritik am Rassismus im Dorf und meint, es hätte ihnen gut gestanden, zu einer eigenen Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit aufgerufen zu haben, statt diese Initiative anderen zu überlassen. Dazu fahren wir natürlich gerne noch einmal in dieses schöne Dorf ...


HH 3894
4
(wirklich) das Letzte